

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal inkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Cöplienstraße 101, Stuttgart.

Inserate:
pro Spaltweite 20 Pf.,
für Werbungsangehörige 10 Pf.,
Briefmarken ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Dr. 22

Stuttgart, den 28. Mai 1904

20. Jahrgang

Gesundheitswidrige Frauenarbeit in Luxuspapierfabriken.

Nicht nur gewisse Industriezweige, in denen die Beschäftigung von Frauen und Mädchen eine sittliche und körperliche Gefahr für diese bedeutet, rechtfertigen ein gänzlich Verbot der Frauenarbeit, sondern auch gewisse Fabrikationsarten, denen sich die Frauenarbeit zu bemächtigen droht und bereits schon bemächtigt hat, verlangen aus demselben Grunde ein Einschreiten des Gesetzgebers und auch der gewerkschaftlichen Organisation gegen diese Auswüchse der Frauenarbeit. Hierzu gehört auch eine in der Buchbinderei sich immer mehr und mehr ausbreitende Beschäftigungsart für weibliche Arbeiter. Wir meinen die Beschäftigung von Frauen und Mädchen am großen Dampfbalancier, an der Kniehebel- und Dampfpresse. In Nr. 43 unserer Zeitung (1903) illustrierte ein Berliner Kollege an der Hand eines konkreten Falles und auf Grund persönlich gemachter Erfahrungen das Gesundheitschädliche dieser Art von Frauenbeschäftigung.

Dadurch und durch eine Anregung unsererseits wurden die Berliner Vertrauensleute in höherem Maße auf diese Unsitte aufmerksam, was zu dem Ergebnis führte, durch Sammlung diesbezüglichen Materials der Sache weiter auf die Spur zu kommen. Auch unserem Verufe Außenstehende und weitere Kreise wurden durch einen diesbezüglichen Artikel in einer sozialpolitischen Wochenschrift davon unterrichtet.

Soweit wir unterrichtet sind, ist in Berlin bereits die Behörde daraufhin für Beseitigung der Frauen und Mädchen an Kniehebelpressen usw. eingeschritten.

Wir sind heute in der Lage, dem einen damals angeführten Falle eine ganze Reihe anderer gleicher folgen zu lassen. Die Aufzählung der Namen der betreffenden Firmen wollen wir vorläufig unterlassen, das Material aber gehört der Öffentlichkeit übermitteln. Die Firmen jedoch, von denen hier die Rede sein wird, gehören ausschließlich der Luxuspapierbranche an. Führen wir sie nach Nummern an und zeigen zugleich mit der Kommentierung einzelner Fälle das Gesundheitschädliche des Liege- respektive Sitzdruckes.

Firma I beschäftigt 10 bis 15 Presserinnen und nur einen Presser; eine Frau muß Liegedruck machen.

Firma II beschäftigt 10 Mädchen als Presserinnen, welche sehr häufig Sitzdruck machen müssen, der dem Liegedruck an Gesundheitsgefährlichkeit für weibliche Arbeiten ziemlich gleich kommt. Ein hochschwangeres Mädchen hat hier bis acht Tage vor ihrer Niederkunft Sitzdruck verrichtet. Allerdings traf den Prinzipal in diesem Falle nicht alle Schuld, da das Mädchen ihren Zustand verheimlicht hatte.

Firma III beschäftigt 10 bis 12 Mädchen als Presserinnen — nebenbei gesagt bei einem Lohn von 8 bis 14 Mk. —, von denen etwa die Hälfte Sitzdruck machen muß. Auch das Stanzgen an der

Kniehebelpresse kommt dort sehr häufig vor, was eine schwere und sehr anstrengende Arbeit ist, da es sich hier um Zelluloidwaren handelt.

Firma IV beschäftigt ein Mädchen mit Liegedruck, welches Wandsprüche bis zu 6 Blatt Aluminium anfertigen muß.

Firma V beschäftigt eine Frau mit Liegedruck. Firma VI beschäftigt sechs Mädchen an drei großen Balancier, ebenso

Firma VII eine Arbeiterin an einem Dampfbalancier. Von dieser Firma ist ein Fall bekannt, woselbst eine Arbeiterin, die vollständig gesund war, schon nach vierteljähriger Tätigkeit an der Presse unterleibsfrank wurde.

Firma VIII beschäftigt sechs Presserinnen mit Liege- und Sitzdruck.

Firma IX, eine Zelluloidwarenfabrik, beschäftigt vier Mädchen mit Sitzdruck.

Firma X beschäftigt zwei Mädchen am schweren Balancier.

Firma XI beschäftigt zwei Mädchen mit Sitz- und Liegedruck.

Firma XII beschäftigt zeitweise Mädchen mit schwerem Druck an der Presse.

Firma XIII beschäftigt nur Mädchen als Presserinnen, die oft schweren Druck verrichten müssen.

Firma XIV hat Tag- und Nachtschicht in der Presserabteilung eingeführt, am Tage werden die Pressen von Mädchen, nachts von Männern bedient.

Firma XV ist die in der Nr. 43 (1903) unserer Zeitung benannte, die sich gegen ungetragene und unbequeme Zuschauer setzt insofern zu schätzen weiß, als daß sie die unteren Fensterscheiben des Arbeitsraumes mit Ölfarbe bestreichen ließ.

Dazu gesellen sich noch etwa sechs weitere Firmen, von denen nähere Angaben über die Anzahl der an Pressen mit Liege- oder Sitzdruck beschäftigten Personen fehlen, von denen nur die einfache Tatsache konstatiert ist.

Zu allem kommt, daß sich das Stanzgen von Zelluloid in fast allen Berliner Zelluloidfabriken als Mädchenarbeit eingebürgert hat, welche Arbeit einen Druck erfordert, der dem Liegedruck sehr nahe kommt.

Dem üblen Beispiel, Mädchen als Presser zu beschäftigen, folgen immer mehr Berliner Firmen, erst noch in kleinerem Umfang und mit leichten Arbeiten, denen nur vom Standpunkt der Gewerkschaft, nicht vom hygienischen beizukommen wäre, ist doch damit der Hauptzweck erreicht, die Männerarbeit durch die billigere Frauenarbeit zu verdrängen und da sich die Kollegen dies leider oft stillschweigend gefallen lassen, so geht man dann auch allmählich zu den oben genannten schweren Arbeiten über.

Außer der Gesundheitschädlichkeit bei den vorgenannten Beschäftigungsarten ist aber auch die Gesundheitsgefährlichkeit, die Gefahr der Verletzung bei den Blitz- und Revolverpressen eine recht hohe, an denen vielfach Mädchen beschäftigt werden.

Seider ist es bisher noch nicht möglich gewesen, auch für die Luxuspapierbranche einen Tarif durch-

zudrücken und, gleich dem Tarif für die Buchbindereibranche, die Beschäftigung von Arbeiterinnen an der Blitz- und Revolverpresse zu verbieten. Nicht selten kommen die Mädchen in die Presse hinein, und wie furchtbar das ablaufen kann, zeigt ein Fall, der vor einiger Zeit in einer Berliner Firma passierte.

Ein Mädchen, welches, wie dem Meister bekannt war, an epileptischen Anfällen litt und schon wiederholt in demselben Betriebe davon befallen worden war, wurde dennoch von ihm an die Blitzpresse gestellt. Schon in den ersten acht Tagen kam sie mit der Hand in die Presse und wurde ihr hierbei die halbe rechte Hand vollständig zerquetscht.

Es ist geradezu entsetzlich, mit welcher Frivolität manchmal mit Arbeiterleben und Gesundheit umgegangen wird.

Man sollte nun meinen, daß es eine Firma vom rechtlichen sowohl wie vom sittlichen Standpunkte aus für selbstverständlich hält, daß sie solche Personen, welche in ihrem Betriebe zeit ihres Lebens zum Krüppel geworden sind, auch weiterhin dauernd eine geeignete Beschäftigung bei auskömmlichem Lohne gibt. Aber auch das ist noch nicht einmal der Fall; so wurde in einem anderen Betriebe einer Arbeiterin, welche sich einen Finger abquetschte, bei ihrer Rückkehr eine solche Arbeit und solcher Lohn gegeben, daß es ihr auch nicht im entferntesten möglich war, dabei zurecht zu kommen, und als sie dieserhalb vorstellig wurde und ihre Unzufriedenheit darüber ausdrückte, brachten es dann Meister und Chef durch allerlei Manipulationen so weit, daß es die betreffende Arbeiterin vorzog, lieber „freiwillig“ aufzuhören.

Es sollen demnach solche unglückliche Personen es sich wahrscheinlich noch zur Gnade anrechnen, daß man ihnen gütigst weiterhin bei jedem zehlbigen Hungerlohn Beschäftigung gewährt.

Nicht verkannt soll ja werden, daß die Fabrikinspektion in Gemeinschaft mit der Polizei die besonders gesundheitswidrigen Beschäftigungsarten an den Buchbindereipressen verbieten wollen. Nur allzu bekannt aber ist ja, wie gerade den Gewerbeinspektoren von profitwütigen Unternehmern eine Nase gedreht wird und auch Arbeiter oder Arbeiterinnen in kurzfristigen Eigenmut diesen unwahren Angaben machen. So auch hier, wofür wir zwei klassische Fälle anführen können.

Bei einer in unserer Aufstellung genannten Firma, die Mädchen mit Liegedruck beschäftigt, kam der revidierende Beamte zufällig zu einer Zeit, wo sich die Mädchen nicht an den Pressen befanden. Auf seine, an die Arbeiterinnen und den Meister gerichtete Frage, ob Mädchen mit Liege- oder Sitzdruck beschäftigt würden, verneinten sie und der Meister die Frage. Die ersten befürchteten jedenfalls, bei Bejahung der Frage von den Pressen und damit von einer lohnenderen Beschäftigung weg zu kommen.

Noch typischer dafür, wie die Revisionsbeamten getäuscht werden, ist aber dieser Fall. In einer Firma wird die behördliche Kontrolle in Gegenwart eines Arztes vorgenommen. Als der Arzt

die Mädchen den Sitzdruck machen sah, gab er der Meinung Ausdruck, daß diese Beschäftigung wohl doch zu anstrengend für den weiblichen Körper sei. Darauf trat der Meister an die Presse hinzu, drehte, ohne daß es die Beamten merkten, den Druck zurück und meinte dann, die Arbeiterinnen seien nur zu wenig geübt, deshalb sehe die Arbeit beschwerlich und anstrengend aus, er solle nur selbst einmal probieren. Der Arzt tat, wie ihm geheißen und fand den Druck natürlich nicht schwer und hatte somit auch keinen Grund, für Beseitigung der weiblichen Arbeitskräfte an diesen Maschinen sein Veto einzulegen.

Abgesehen von diesen besonderen, hier angeführten Fällen ist aber schon für jeden Laien das Gesundheitsgefährliche dieser Frauenarbeit ersichtlich. Nicht nur in den Zeiten der beginnenden Schwangerschaft, sondern schon in den Tagen der Menstruation muß solche Beschäftigung auf den weiblichen Organismus nachteilig einwirken, ganz abgesehen davon, daß die einfachsten Gebote des Anstandes und der Sittlichkeit doch zum mindesten den Liegedruck für Arbeiterinnen verbieten sollten, es kann nämlich kein ästhetischer Anblick und dem weiblichen Schamgefühl förderlich sein, wenn sich die Presserin tagsüber zu Hunderten von Malen rücklings auf die am Boden liegende Matratze wirft, und das in Gegenwart von männlichem Personal.

Aber noch nicht einmal Matratzen, dieses aller-notwendigste Stück hierzu, sind in allen Werkstuben vorhanden; trotzdem es jetzt schon Vorschritt der Berufsgenossenschaft ist. Und da mit ganz verschwindenden Ausnahmen in allen Werkstuben Liegedruck — wenn auch nur beim Einrichten und Matratzen machen und dergleichen — gemacht wird, so sollte hierauf ebenfalls etwas mehr als bisher das Augenmerk gerichtet werden.

Schon mehrmals haben wir ausgesprochen, daß die Begrenzung der Frauenarbeit in unserem Bereiche sich immer mehr als eine notwendige Forderung und Aufgabe des Verbandes erweist. Hieran ist diese Notwendigkeit besonders eklatant bewiesen. Solche Auswüchse der Frauenarbeit überhaupt nicht erst ersehen zu lassen, daran haben die organisierten Arbeiter ein großes Interesse, nicht allein auch vom Standpunkt der Moral aus, sondern von dem des Gewerkschaftlers aus, der den Lohn nicht durch solche Art Frauenarbeit, die ihrem ganzen Wesen und ihrer Eigenart nach nur Männerarbeit sein darf, drücken lassen darf und der Frauenarbeit damit zugleich ein Feld einräumt, das ihr unmöglich zusteht. Auch hierin muß es Grenzen geben, die uns leider schon in vielen Fällen überschritten zu sein scheinen.

Vom gesundheitlichen und sittlichen Standpunkt aus aber muß die Behörde verpflichtet sein, gegen die Beschäftigung von Arbeiterinnen an Pressen einzuschreiten. Eine Kontrolle, um vom Revisionsbeamten feststellen zu lassen, ob diese oder jene Beschäftigungsart an den Pressen für Frauen zulässig ist, ist zwecklos und verfehlt, wie wir an den Täuschungen, die mit jenen Beamten getrieben werden, bewiesen haben. Nur ein Mittel hilft hier und das ist: Gänzlich Verbot von Frauenarbeit an den Pressen.

Gewerkschaftliche Aufgaben.

Zwei Ereignisse des Auslandes erfordern wegen ihres allgemeinen Aufsehens, das sie allseitig erregt haben, auch an dieser Stelle einen kleinen Kommentar: Der ungarische Eisenbahnerstreik und die Entscheidung des englischen Unterhauses bezüglich der Taff-Wale-Angelegenheit. Allgemeine Ausführungen zu ersteren zu machen, wollen wir unterlassen, Ursache, Beseitigung und Ausgang dieses Generalstreiks dürfte unseren Lesern bekannt sein und auch unsere Stellung zum Generalstreik überhaupt. Auch auf die Ausführung einiger recht interessanter Presbestimmen wollen wir verzichten, die „glauben“, in fünfzig Tagen wäre der Streik siegreich beendet worden, und die „annahmen“, wenn dieß und das geschehen

würde, daß dann die Regierung „beinahe“ kapituliert und abgedankt hätte. Solche Wenn- und Aber-, Annahmen und Glauben-Betrachtungen werden mit gleichem Optimismus und unausrottbarer Selbsttäuschung immer wieder angestellt, trotz aller starken realistischen Gegenbeweise. Weniger leichtgläubige Gemüter trösteten sich damit, daß das Nichtorganisiertsein den Streik zum Scheitern gebracht habe und daß, wenn man diesen Generalstreik leichtsin abtue, für die Eisenbahner überhaupt die Möglichkeit ausschließe, streiken zu können, da nach der ganzen Betriebsart eine andere Form des Ausstandes, ein partieller Streik kaum möglich ist. Wenn letzteres wirklich der Fall sein sollte, so mag das sehr behauerlich und unbehaglich sein, aber die tatsächlichen Verhältnisse werden sich eben nicht umtrempelein lassen, um ein für die gewünschte und gern gesehene Ansicht brauchbares Refugium zu bekommen. Ob bei Bestehen einer Organisation der Eisenbahner der Generalstreik einen besseren Ausgang genommen hätte, bezweifeln wir, denn an Einheit und Geschlossenheit scheitert uns in diesem Falle gerade nicht gefehlt zu haben; nein, sein Scheitern liegt im Wesen des ganzen Generalstreiks begründet, worauf wir uns hier weiter nicht einlassen wollen, zumal in letzter Zeit gerade so viel Material zu diesem Thema herbeigetragen worden ist (zum Beispiel in den „Sozialistischen Monatsheften“), daß jeder, der noch besonders von dem Generalstreiksdeberaucht ist, darin einen tiefen Ernüchterungstrunk tun kann. — Doch zwei Begleiterscheinungen interessieren uns am ungarischen Eisenbahnerstreik besonders. Das kolossale Steigen der Lebensmittel in wenigen Tagen, eigentlich sogar schon wenige Stunden nach Ausbruch des Streiks, zeigt die Wirkung, die besonders ein Generalstreik auf das Wirtschaftsleben und die Marktpreise ausübt, was doch in gleicher Weise bei einem allgemeinen Generalstreik eines Landes eintreten müßte. Die Kosten trägt in erster Beziehung und in empfindlichster Weise der Arbeiter, denn dem Bourgeois macht es nicht viel aus, ob er für ein 50 Pf.-Brot 1 Mk. zahlen muß, fernermalen es für ihn nicht das Hauptnahrungsmittel bildet, aber die fünf- oder sechsstöpfige Arbeiterfamilie wäre gänzlich zum Hungern verdammt, zumal alle anderen Lebensmittel in gleicher Weise im Preise steigen. — Die zweite Betrachtung möchten wir über die Anwendung ungesetzlicher Mittel anstellen. Gut radikalgesinnte Leute meinen bekanntlich immer, wenn die Regierung zu ungesetzlichen Mitteln greift, greifen wir auch dazu, und sie hatten zum mindesten jeden für einen Feigling, der das nicht auch ausspricht. Daß die ungarische Regierung ungesetzliche Mittel zur Anwendung gebracht hat, wird niemand bezweifeln wollen, daß die Streikenden ebenfalls davon Gebrauch machten, um die drakonischen Maßnahmen der Regierung zu parieren, ist ebenfalls bekannt, und nicht minder bekannt, wie die Sache ausging und wer dabei den Kürzeren zog. Macht und Gewalt gehen eben vor Recht.

Die englischen Trade Unions wurden bekanntlich durch einen Gerichtsschluß höchster Instanz, demzufolge die Gewerkschaften für die dem Unternehmer durch Streik entstehenden Schäden haftbar gemacht werden konnten, in ihrer Aktionsstätigkeit sehr bedroht. Die englischen Gewerkschaften waren dagegen vorerst machtlos. Eifrige Politiker in Deutschland wiesen an diesem Beispiele wieder trefflich nach, wie unzulänglich die ganze englische Gewerkschaftsbewegung ist, weil sie sich nicht der sozialistischen Partei anschloß, und einige besonders Gutunterrichtete wollten bereits wissen, daß die englischen Gewerkschaften diesen Schritt jetzt tun werden, um diese gesetzlichen Einschränkungen im Parlament zu beseitigen — als ob das bei uns zu Lande nur so ein Leichtes wäre, die bei uns bestehenden Beschränkungen des Koalitionsrechts im Parlament zu beseitigen. Wir glaubten diesen Meinungen gleich nicht ganz, denn bekannt ist doch, daß die Trade Unions auch von außen her eine Einwirkung auf die Parteien des Unterhauses haben. Nach einer kürzlich durch die Tagespresse bekannt gewordenen Mitteilung ist im Unterhaus nun eine Vorlage angenommen worden, durch die der Taff-Wale-Entscheid als fernerer Rechtspruch nicht in Geltung bleiben kann, das heißt daß den englischen Gewerkschaften eine kollektive Verantwortlichkeit bei Streiks nicht aufgebürdet werden kann. Obwohl den endgültigen Entscheid über die Vorlage das Oberhaus noch zu treffen hat, wird diese Gefahr für die englischen Gewerkschaften doch beseitigt sein, da die Gerichte schon jetzt in ihrer Spruchpraxis diese Willensfindung des Parlaments wohl werden beachten müssen. Unsere guten Politiker aber verhalten sich merkwürdig still und tun den Entscheid des englischen Parlaments mit ein paar armseligen Zellen ab.

Auf dem weiten Gebiet der Sozialpolitik soll heute nur einer reichsgefährlichen Verfügung gedacht sein, weil wir den knappen Raum noch zu rein gewerkschaftlichen Bepflegungen gebrauchen. Der Reichstanzler hat an die Bundesregierungen ein Rundschreiben gerichtet, das darauf abzielt, die Gemeinden noch mehr als bisher zur Unterstützung bedürftiger Lungenkranker zu veranlassen. Der Reichstanzler geht dabei von einer durch die Hamburger Armen-

behörden veranlaßten Entscheidung des Bundesamtes für Heimatswesen aus, wonach unter bestimmten Verhältnissen die Gewährung einer Lungenheilstättenkur zu den pflichtmäßigen Aufgaben der öffentlichen Armenpflege gehört. In dem Rundschreiben wird unter anderem darauf hingewiesen, daß die Verbringung Lungenkranker in eine Heilstätte oft daran scheitert, daß der Kranke es vermeiden will, die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen, weil er durch Bezug der Armenunterstützung gewisse politische Rechte einbüßt (Wahlberechtigung). Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, werden die Stadtgemeinden aufgefordert, zur Unterstützung bedürftiger Lungenkranker besondere Fonds, deren Verwendung für Unterbringung Lungenkranker in Heilstätten nicht das Minimal der Armenunterstützung an sich tragen, flüssig zu machen. Die Absicht ist gewiß eine gute, in der Praxis wird sie aber sehr schwer durchführbar sein, weil aus städtischen Mitteln den vielen diesbezüglichen Ansuchen nicht wird Folge geleistet werden können.

Auch der jüngst im preussischen Herrenhause gepflogenen Debatte sei hier mit ein paar Worten gedacht, schon um deswillen, weil aus ihr ersichtlich war, daß die scharfmacherischen Strömungen gegen die Arbeiterklasse in der Regierung weniger zu finden sind, als in den Kreisen der Agrarier und Industriellen. Von konservativer Seite aus wurde bekanntlich ganz unumwunden die Beseitigung des jetzigen Wahlrechts verlangt und an die Spitze der Regierung ein „starker Mann“ gewünscht. Ministerpräsident Bülow ließ den konservativen Scharfmachern immerhin eine deutliche Abgabe zu teil werden, in der er unter anderem erklärte: „Ich würde mich nicht für würdig halten, an der Stelle zu stehen, an der ich stehe, wenn ich von vornherein auf die Möglichkeit verzichten wollte, die tiefgehenden Gegenätze, die durch unser Volk gehen, durch Gerechtigkeit, Gebuld und Besonnenheit auf friedlichem Wege auszugleichen.“ Auch Professor Schmöller verlor den Scharfmachern die Freude, indem er in einigen trefflichen Ausführungen für die allgemeinen Volksrechte sprach, was ihm und seinen sozialreformistischen Freunden gewiß neue gekrümmte Angriffe einbringen wird.

Nun zu den Vorgängen im Gewerkschaftslager. Bei uns Buchdruckern machte außer dem Verbandstag und der reichen Fülle von Anträgen zum Verbandstag das Tarifamt von sich reden. In Kollegienkreisen wird die neueste Arbeit des Tarifamtes, die Geschäftsordnung für Schiedsgerichte, als recht minderwertig beurteilt. Auf seine groben Mängel hat in letzter Nummer unserer Zeitung bereits ein Kollege hingewiesen, der dabei auch zugleich einen Rechtspruch des Tarifamtes einer Kritik unterzog. Würde der Entscheid des Tarifamtes allgemeine Gepflogenheit, so wäre damit der ganze Berliner Vorrichtertarif illusorisch gemacht, wies doch auch das Berliner Gewerbegericht, bei dem der Kollege seine höheren Ansprüche geltend machte, die Klage mit Berufung auf den Entscheid des Tarifamtes ab — was gar nicht anders sein konnte. So findet die Unzufriedenheit über die ganze Tarifgemeinschaft in unseren Kollegienkreisen immer neue Nahrung, die noch recht wesentlich dadurch gestärkt wird, daß die notwendige Arbeit, die Umänderung des Vorwortes, nicht gemacht ist und überhaupt nicht vom Flecke rückt, trotz wiederholter Bemühungen unserer Vertreter im Tarifamt. Die Herren Prinzipale haben eben nie Zeit zu solchen für sie nebensächlichen Sachen. Der Dresdener Verbandstag wird der Sache hoffentlich eine Wendung geben. Entweder muß der Versuch gemacht werden, das Tarifamt von Leipzig weg zu verlegen, um ihm dann vielleicht etwas mehr Nützlichkeit einzupumpen. Oder aber, wenn die Sache gar nicht gehen will: dann in Gottes Namen zum Teufel mit dieser ganzen Tarifgemeinschaft! So kann es auf keinen Fall weiter gehen.

Bei den Buchdruckern hat's einen anderen Klang. Die hielten erst letzthin wieder eine Sitzung des Tarifausschusses ab, in der gemeinschaftlich verschiedene Paragraphen des Tarifs kommentiert wurden und Beschlüsse gefaßt, die dazu beitragen, das Ansehen des Tarifs nach außen hin zu fördern. Nach der Statistik des Tarifamtes von 1903 wurden 4157 Firmen in 1161 Druckorten mit 44041 Gehilfen gezählt. Das Tarifverzeichnis vom 1. April 1904 dagegen umfaßte 4251 Firmen in 1315 Druckorten mit etwa 40000 Gehilfen. — Der Schriftgießereistreik führte nach 25wöchiger Dauer zum Abschluß einer vierjährigen Tarifgemeinschaft. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8½ Stunden mußten die Arbeiter verzichten, dafür wurde aber das Minimum für Schriftgießer von 25 Mk. auf 27,50 Mk. erhöht, eine Lehrlingskassa im Tarif aufgenommen und die allgemeinen Bestimmungen des Tarifs verbessert. — Der Verband zählte am Jahresschluß 37341 Mitglieder, gleich einer Zunahme von 2743 gegenüber dem Vorjahr. Vereinbar wurden bei der Hauptkassa 1904 953 Mk., verausgabt 1726 358 Mk., Ueberschuß 238 595 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 3428 016 Mk., einschließlich der lokalen Fonds dürfte sich die Summe auf annähernd 5 Millionen Mark erhöhen.

Die Steindrucker und Lithographen haben mit der Erreichung einer Tarifvorlage für diese Branchen bei den Unternehmern zwar keine uneingeschränkte Gegenliebe gefunden, doch aber hat die Generalversammlung des Vereins deutscher Steindruckerbesitzer die Geneigtheit ausgesprochen, auf eine Tarifvereinbarung einzugehen. Ein Winkelflug in der angenommenen Resolution, der besagt, daß als Voraussetzungen zur Schaffung einer Tarifvereinbarung gelten müsse, daß nicht einzelne Vereine, sondern von Vertretern des Gesamtgewerbes eine solche Regelung gewünscht werde, läßt in der „Graphischen Presse“ die Frage aufwerfen: Ob nun die Vorlage eigentlich abgelehnt ist oder nicht? Die nächste Zeit wird ja darüber Klarheit bringen, ob die Steindrucker mehr Glück mit ihrer Tarifgemeinschaft haben, als wie wir. — Der Verband nahm im vergangenen Jahre um 1658 Mitglieder zu; er zählt 9760 Mitglieder.

Der Portefeuillevorband veranlaßt nunmehr den Auftrage des Verbandstags gemäß eine Urabstimmung über die Frage, ob eine Erwerbslosenunterstützung zur Einführung gelangen soll. — Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des ersten Quartals 2399 männliche und 75 weibliche Mitglieder, gleich einer Zunahme von 23 Mitgliedern.

Dem Metallarbeiterverband wurde von seiten des Hirsch-Dunckerhain Gewerkschafts der Vorwurf nicht saubere Manipulationen mit den Unternehmern gemacht. Der „Gewerkschaftsbote“ brachte unter der Signatur: „Der Metallarbeiterverband und der goldene Fahrstuhl des Unternehmertums“ die Mitteilung, daß der Metallarbeiterverband von den Nürnberger Unternehmern der Feingoldbranche 6000 Mk. als Geschenk genommen habe. Die Sache trug sich so zu. Die Unternehmer der Nürnberger Goldschlaggerbranche beabsichtigten 1900 ihre Betriebe auf einige Zeit zu schließen, um der überhandnehmenden Schundkonkurrenz, die als eine Folge von Ueberproduktion sich breit zu machen drohte, Einhalt zu tun. Sie luden vorher die Arbeitervertreter zu einer Besprechung ein, als deren Endergebnis schließlich eine Tarifgemeinschaft und die Ueberweisung von 6000 Mk. von seiten der Unternehmer zur Unterstützung der durch vorübergehende Schließung ihrer Werkstätten arbeitslos gewordenen Arbeiter an den Verband war. Die Sache ist nicht allein durchaus neu in Arbeiterkreisen, sondern auch an sich riefig interessant. Will sie auch auf den ersten Blick manchem etwas anrüchlich erscheinen, und ist sie auch gerade kein Beitrag zum Klassenkampf, so haftet ihr doch bei näherem Zusehen kein Makel an. Will der Verband nicht für die durch Schuld respektive auf Wunsch der Unternehmer arbeitslos gewordenen Mitglieder allein haften und sucht sich dafür in etwas schablos zu halten, so kann man ihm schließlich das nicht verübeln; wir sind sogar der Meinung, daß die Ansicht des Verbandsvorsitzenden Schilde, die Arbeiter hätten kein Interesse an der Preiskonvention, nicht ganz zutreffend ist. Wenn aber der „Gewerkschaftsbote“ sagt: „Hätten die Gewerkschaften 6000 Mk. erhalten, so wäre unter dem Titel „Kapitalhandlanger“ ein blutdürstiger Artikel durch die Gewerkschaftspresse gelaufen“, so können wir ihm darin nicht ganz unrecht geben. Das wäre sicher geschehen; solche Notizen gibt's, die dann die Runde durch die ganze Gewerkschaftspresse machen.

Der Holzarbeiterverband trat mit einer, von Th. Veipart bearbeiteten statistischen Enquete über die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie an die Öffentlichkeit. Auf Grund von 667 Orts-, 10277 Werkstatte- und 71054 Personenfragebogen wird in einer 100 Seiten starken Großtafelabdruck in guter, übersichtlicher Weise Auskunft gegeben über die Verhältnisse in den Betrieben selbst, den Löhnen, der Arbeitszeit usw. — Der kürzlich abgehaltene Verbandstag brachte als wichtigsten Beschluß den, daß Vorstand und Redaktion an einen Ort verlegt wurden, nach unserer Ansicht eine zwingende Notwendigkeit für eine Gewerkschaft. Unter Ablehnung der Anträge, die beide nach Hamburg oder Berlin zu verlegen wünschten, wurde schließlich Stuttgart, wo selbst schon bisher der Verband seinen Sitz hatte, auch als Erscheinungsort der Zeitung bestimmt, mit welchem Beschluß der Redakteur ausnehmend recht unzufrieden war, der sich weigerte von Hamburg zu übersiedeln. Die Mehrzahl der Beschlüsse haben weniger Allgemeininteresse, sie betreffen innere Angelegenheiten des Verbandes. Ueber die Taktik bei Lohnbewegungen wurde in geschlossener Sitzung verhandelt, die vielerorts geäußerten Wünsche betreffs größerer Vollmacht bei Lohnbewegungen dürften dabei eine Abweisung erfahren haben, nach den diesbezüglichen vortrefflichen Äußerungen von seiten des Zentralvorstandes in der Fachzeitung zu urteilen.

Die Arbeiter verlangen in einer Denkschrift an den Bundesrat gesetzliche Maßnahmen gegen die im Berufe vielfach auftretende Bleivergiftungskrankungen, was nun von den profitierenderen Unternehmern bekämpft wird.

Den Väter zu scheinen in Berlin nun doch noch von den Meistern Schwierigkeiten bereitet zu werden. Unsere in letzter Nummer gebrachte Notiz, daß der Streit zugunsten der Gesellen beendet ist, müssen wir

dahin berichtigen, daß die Meister ihre Zugeständnisse zurückzogen, gewiß in der Voraussetzungen, daß nach eingetretener Ruhe im Gewerbe die Arbeiter nicht zum zweitenmale in den Ausstand treten werden. Sie dürften aber ihre Rechnung ohne die Konsumenten und ohne die Berliner Hausfrauen gemacht haben, die den in jeder Hinsicht rückständigen Meistern des Bäcker-gewerbes, von denen sich einige gerade während des Streiks jeden Anstandes bar gezeigt haben, schon noch Mores lernen werden.

Zum Verbandstag.

Krankenunterstützung.

Das Projekt der Einführung einer Krankenunterstützung in unserem Verband blickt nunmehr bereits auf das immerhin stattliche Alter von über vier Jahren zurück. Zum achten Verbandstag in Berlin, Ostern 1900, hatten die Zahlstellen Hamburg-Altona eine vollständige Vorlage für das Unterstützungsweesen vorgelegt, die auch die Unterstützung in Krankheitsfällen vorsah. Das Projekt erstreckte sich nur auf Unterstützung für männliche Mitglieder und wollte diesen bei 15 Pf. Wochenbeitrag 1 Mk. Tagesunterstützung bis zur Dauer von 13 Wochen gewähren. Weibliche Mitglieder konnten sich bei denselben Beiträgen fakultativ daran beteiligen. Der Verbandstag lehnte das Projekt ab, weil er die erforderlich werdende Beitragserhöhung nicht für angebracht hielt.

Auch die weitere Verfolgung des Gedankens blieb zunächst den Hamburgern überlassen, indem sie auf der Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse in Berlin, Juni 1902, durch ihren Delegierten die Verschmelzungsfrage mit dem Verband anregten. Gegenliebe war natürlich nicht vorhanden. Ruhe blieb's dann, bis der bekannte B. S.-Artikel in Nr. 40, Jahrgang 1902, unseres Organs die Frage von neuem anschnitt und in fernerer Folge die ziemlich starke Bewegung im Verband hervorrief, die schließlich auch die Krankenkasse zur Stellungnahme nötigte.

Im Laufe dieser Diskussion sind eine ganze Reihe Vorschläge aufgetaucht. Um so merkwürdiger ist es, daß jetzt, bis auf den Antrag 110 Königsberg und die diversen Anträge auf Einführung der Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder, keine positiven Anträge vorliegen. Schreiber dieses denkt nun in dieser Richtung einen Vorschlag zu machen, der ja als Antrag allerdings zu spät kommt, immerhin aber bei Behandlung der Frage in Dresden berücksichtigt werden könnte.

Zunächst jedoch noch einige allgemeine Bemerkungen.

Zur Zeit des Berliner Verbandstags, wie das erste Projekt auftauchte, war es noch erforderlich, gegen prinzipielle Gegner des Unterstützungsweesens in den Gewerkschaften zu kämpfen. Der Begriff der Kampfororganisationen spukte noch. Inzwischen sind diese Gegner verstummt, sei es nun durch den großartigen Aufschwung der Gewerkschaften, trotz des Unterstützungsweesens, sei es, daß sie sich von der Unrichtigkeit ihrer Ansichten selbst überzeugt haben. Der Kollege Albert-Magdeburg, der in Nr. 20 unseres Organs wieder mit dem alten, von ihm schon gewohnten Jammer ins Gedächtnis geht, bestätigt als Ausnahme lediglich die Regel und wird wohl über einen Fortschrittserfolg kaum hinauskommen.

Anderes liegt die Sache jedoch in bezug auf die Einführung einer Krankenunterstützung.

Hier finden wir immerhin noch eine stattliche Reihe von Gegnern in unserem Verband. Ein Teil hält die dadurch veranlaßte Beitragserhöhung nicht für durchführbar, ein anderer befürchtet die Vernichtung der Zentralkrankenkasse, und ein dritter glaubt, der Verband würde nicht in der Lage sein, bei einigermaßen erschwinglichen Beiträgen etwas Brauchbares zu leisten. Was den ersten Einwurf anbelangt, so hören wir denselben ja bei jeder Beitragserhöhung, es wird stets die Sache möglichst schwarz gemalt. Die Werbekraft des Verbandes geht verloren, eine Reihe der jetzigen Mitglieder wird ausscheiden, weil sie den erhöhten Beitrag nicht bezahlen können, und was dergleichen Unkenrufe mehr sind. Im besonderen Falle wird nun auch noch darauf hingewiesen, daß jüngere Leute sich nicht doppelt versichern, sie würden also den für diesen Zweck erhöhten Beitrag nicht zahlen und die älteren Kollegen sollen wieder, da sie

meistenteils bereits doppelt versichert sind, den dreifachen Beitrag nicht zahlen können und folglich nun ausgerechnet gerade aus dem Verband ausscheiden. Dieser Pessimismus erscheint denn doch keineswegs gerechtfertigt, denn nach den Erfahrungen, die nicht nur wir, sondern auch alle anderen Gewerkschaften mit Beitragserhöhungen gemacht haben, dürfte eher das Gegenteil richtig sein. Man kann getrost — so absurd es auch klingen möge — behaupten, daß eine Erhöhung der Beiträge die Werbekraft der Organisation erhöht, infolge der dann größeren Leistungsfähigkeit. Das Wort, welches vor einiger Zeit in unserer „Buchb.-Ztg.“ stand:

„Mann mit zugeknöpften Taschen,
Dir tut niemand was zulieb.
Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn du nehmen willst, so gib“,

wird in unserer materialistischen Zeit von der Mehrzahl der Menschen als richtig anerkannt; die erste Frage ist eben stets: „Was leistet der Verband für die Beiträge?“

In bezug auf den Einwurf, daß es der Zentral-Krankenkasse an den Kraken gehen könne, sei hier nur bemerkt, daß der Verband, wenn die Krankenkasse ihm nicht entgegenkommen will, wozu bei ihr keine Neigung vorhanden zu sein scheint, auch keine Ursache hat, auf sie Rücksicht zu nehmen. Die freien Hilfskassen haben ihre Aufgabe erfüllt; sie waren notwendig zu einer Zeit, als eine andere Organisation der Arbeiterschaft nicht gebildet wurde. Nunmehr aber, wo die Gewerkschaften sich so stark entwickelt haben, wo sie eine Macht geworden sind, ist es an der Zeit, daß sie durch die Einführung einer Krankenunterstützung ihre Werbekraft vergrößern. Im übrigen heiße es Wasser ins Meer schütten, wollte man nach alledem, was gerade im verflossenen Jahre über dieses Thema geredet und geschrieben ist, noch irgendwelche weitere Ausführungen dazu machen.

Den dritten Einwand glaube ich durch den unten folgenden Vorschlag entkräftet zu haben, so daß hierzu weitere Ausführungen sich erübrigen.

Die Regelung der Angelegenheit denkt Schreiber dieses sich am besten auf folgende Weise herbeizuführen.

Es erhalten:

a. Männliche Mitglieder bei Erhöhung des Wochenbeitrags um 15 Pf. nach zweijähriger Karenzzeit eine Tagesunterstützung von 1 Mk. auf die Dauer von 13 Wochen.

b. Weibliche Mitglieder bei Erhöhung des Wochenbeitrags um 10 Pf. und nach ebenfalls zweijähriger Karenzzeit eine Tagesunterstützung von 50 Pf. auf ebenfalls 13 Wochen.

Die Rechnung würde sich bei Einführung vorstehenden Vorschlags und Zugrundelegung der Abrechnungen der Berliner Ortskrankenkasse folgendermaßen stellen. (Es ist, um ganz sicher zu gehen, nur der Durchschnitt der letzten 3 Jahre zugrunde gelegt, weil in diesen Jahren die Anzahl der Krankheitsstage, infolge der Einwirkungen der Krise, eine sonst nie vorhandene Höhe erreicht hat.)

Die Ortskasse Berlin zählte im Durchschnitt der Jahre 1901, 1902 und 1903 am Jahreschluß 6431 männliche Mitglieder mit durchschnittlich 46354 Krankheitsstagen pro Jahr, so daß auf das einzelne Mitglied 7,21 Tage entfallen. Auf unseren Verband angewandt ergibt das bei 9232 männlichen Mitgliedern am 31. Dezember 1903 im Jahre 66563 Krankheitsstage. Vorstehende 9232 Mitglieder zahlen nun bei einem Wochenbeitrag von 15 Pf. — das Jahr zu 50 Wochen gerechnet — 69240 Mk. pro Jahr. Bei zweijähriger Karenzzeit, mit 3 Prozent Zinsen der ersten Jahreseinnahe, ergibt das einen Grundfonds von 140557 Mk. Nach Ablauf der Karenzzeit wird dann eine Jahresentnahme aus Beiträgen von 69240 Mk., dazu 3 Prozent Zinsen des Grundfonds = 4216 Mk., zusammen also 73456 Mk. erzielt. Demgegenüber steht eine Ausgabe für 66563 Krankheitsstage à 1 Mk. = 66563 Mk., so daß ein Ueberschuß von 6893 Mk. verbleibt.

Bei den weiblichen Mitgliedern stellt sich die Berechnung nicht ganz so günstig.

Die Ortskasse Berlin hatte für 1901, 1902 und 1903 durchschnittlich 6680 weibliche Mitglieder mit 70185 Krankheitsstagen, pro Mitglied also 10,51 Tage. Für unseren Verband ergibt das bei einer Zahl von 4557 weiblichen Mitgliedern 47894 Krankheitsstage.

Bei einem Wochenbeitrag von 10 Pf. und 50 Wochen pro Jahr würde das bei 4557 Mitgliedern eine Jahreseinnahme von 22785 Mk. ergeben, nach zweijähriger Karenzzeit also, inklusive Zinsen, ein Grundstock von 46253 Mk. vorhanden sein. Die Einnahmen würden dann, nach Erreichung des Beharrungszustandes, einschließlich der Zinsen des Kapitals pro Jahr 24172 Mk. betragen. In Ausgabe kämen für 47894 Krankheitsstage à 50 Pf. 23947 Mk., so daß auch hier ein kleiner Ueberschuß von 225 Mk. verbliebe.

Gegen die vorstehenden Berechnungen dürfte nichts einzuwenden sein, um so weniger, wenn man sich vergegenwärtigt daß es sich um die drei ungünstigsten Jahre der Berliner Ortskrankenkasse handelt; des ferneren, daß nur 50 Beitragswochen gerechnet sind, während doch jedes Mitglied vor Bezug von Unterstützung zweimal 52 Wochen bezahlt haben muß.

Nun zum Schluß noch einige Bemerkungen, die zum Teil auch die gestellten Anträge betreffen. Es geht meines Erachtens nicht an, die Krankenunterstützung mit der Arbeitslosenunterstützung zu kombinieren, da dann jegliche Übersicht verloren geht. Bei einer etwaigen Unterbilanz wäre nicht, oder wenigstens sehr schwer festzustellen, wo eigentlich der Fehler liegt. Die Einführung der Krankenunterstützung in den Gewerkschaften ist doch gewissermaßen ein Sprung ins Dunkle. Es ist deshalb in erster Linie erforderlich, daß man die Sache sehr vorichtig anfaßt. Hierzu dürfte unbedingt notwendig sein, die Neuerung so einfach und übersichtlich wie möglich zu gestalten, es verbietet sich demnach von selbst, mehr wie eine Klasse zu schaffen, später, wenn wir genügende Erfahrung gesammelt haben, wenn uns das statistische Material selbst zur Verfügung steht, läßt sich über den weiteren Ausbau reden. Auch aus statistischen Gründen dürfte es zweckmäßig sein, beide Unterstützungsarten auseinander zu halten, da das bei der Krankenunterstützung sich ergebende Material — Krankheitshäufigkeit, Art der Krankheiten, Verteilung auf die einzelnen Orte, Branchen und Arbeitsmethoden usw. — sich in agitatorischer Hinsicht sehr gut verwerten läßt. Auch in bezug auf die Bekämpfung gewisser Schäden im Gewerbe dürfte sich, bei der Trennung der Krankenunterstützung von der Arbeitslosenunterstützung, schätzenswertes Material ergeben.

Von einer Erwerbslosenunterstützung — wie von verschiedenen Seiten beantragt wird — kann natürlich keine Rede sein, das Projekt schwebt völlig in der Luft und ist überhaupt nicht diskutabel.

Es sind ja außerdem noch eine Reihe von Anträgen, speziell auf dem Gebiete der Unterstützungswehens gestellt, die ich nicht für brauchbar halte, doch wird jedenfalls der Verbandstag das den Interessen des Verbandes förderlichste herauszufinden wissen.

* * *

Gegen die Unterstützungsanträge.

Alles, alles dreht sich um die Unterstützungen, gerade als ob nur von hier aus unser Heil kommt. Doch würden sich unsere Unterstützungsbestimmungen einmal das Wachstum unseres Verbandes genauer ansehen, so würden sie sich blind schauen müssen, um irgend ein nennenswertes Resultat ihrer Theorie zu finden. Ofters 1900 wurden die Unterstützungen erhöht, und fragen wir uns, ob die sich daran geknüpften Hoffnungen, der Situation der Mitglieder Einhalt zu tun, erfüllt haben, so muß das entschieden verneint werden. Wenn die Unterstützungen die Mitglieder so anlocken und halten können, warum hat dann der Verband sich nicht weiter ausbreiten können? Warum hat man nicht mehr Mitglieder gewinnen können? Im 2. Quartal 1900 — dasfelbe, wo die Höhe erhöht wurden — gewann der Verband im ganzen 343 Mitglieder. Der Zuwachs im 3. Quartal ist ausschließlich der Bewegung und der damit verbundenen Agitation zu verdanken, die Mitgliederzahl schnellste von circa 9000 auf über 12000 empor. Dagegen im 4. und im 1. Quartal des folgenden Jahres ergibt sich ein rapides Zurückgehen bis auf 9581 Mitglieder. Die Gegner werden nun einwenden, daß nach größeren Bewegungen immer ein Teil der Mitglieder wieder abspringt. Das aber ist ja gerade des Pudels Kern, wenn die Unterstützungen der Mitgliederflucht nicht Einhalt zu tun vermag, dann zum Kluck

damit! Erst nach 2 1/2 Jahren erreichte der Verband die Höhe in der Mitgliederzahl von 1900 wieder, um dann abermals rückartig aufzusteigen; wiederum nur eine Folge der Bewegung und Agitation! Dasfelbe Bild entrollt sich unseren Augen in den Jahren 1896 bis 1900.

Wer einmal indifferent ist, bei dem nützen und helfen keine Unterstützungen und wenn sie noch so weit ausgebaut sind, solchen sind ihre „Lebensstellungen“ viel lieber. Da kann nur unermüdliche Aufklärung helfen, und das ist Agitation. Wenn es nun heißt, einer, der die Unterstützung genossen hat, wird mit ganz anderen Gefühlen von dem Verband sprechen, so möchte ich dem gegenüberstellen, daß einer, der mit Hilfe des Verbandes erhöhten Lohn, verkürzte Arbeitszeit und sonstige Verbesserungen errungen hat, mit viel erhabeneren Gefühlen den Verband wird rühmen und preisen können. Von den 210 gestellten Anträgen sind über die Hälfte Unterstützungsanträge, es scheint fast, als wenn unser höchstes und heiligstes Ziel, „Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, schon erreicht wäre. Aber wie weit sind wir noch zurück! Man will in jeder Beziehung den Buchdruckern nahefeiern, vergißt aber ganz, daß diese sich erst eine gesunde Tarifunterlage geschaffen haben und dann erst an den weiteren Ausbau ihrer Unterstützungen gegangen sind.

Was die Unterstützungen selber anbelangt, so ist nirgends ernstlich die Schwierigkeiten hingewiesen. Viele Ortskrankenkassen ziehen ihren Mitgliedern, wenn sie erfahren daß dieselben anderweitig versichert sind, denjenigen Teil, der den verordneten Wochenlohn übersteigt, ab; würde man die Unterstützung so bemessen, daß dieser Fall nicht eintritt, so würde die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit in den höheren Klassen wieder zu wenig sein. Des weiteren haben die Antragsteller ein Regulativ aufzustellen, wie all diese Einrichtungen gehandhabt werden sollen, gnädigst dem Verbandstag überlassen und kann der sich extra mehrere Tage damit beschäftigen. Haben ferner sich die Antragsteller klar gemacht, daß wenn diese Unterstützungsart alle eingeführt werden, noch ein besoldeter Beamter mehr eingestellt werden muß? Denn der Vorstand wird kaum in der Lage sein, die Arbeit dann noch zu bewältigen. Auch die Aufhebung der Lokaleinrichtungen, die im Falle der Annahme doch erfolgen muß, verursachen ungeheure Schwierigkeiten, aber nirgends ist bisher darauf hingewiesen, nirgends ein gangbarer Weg gezeigt.

Wir arbeiten nun schon viele Jahre an der Tarifgemeinschaft und haben so bitter wenig erreicht. Wie lange wird es noch dauern können, bis wir einen allgemeinen und vollgiltigen Tarif haben? Bei diesem Tempo erreicht es unsere und die nächste Generation nimmermehr. Niemand mag sich heute darüber täuschen; daß wir unseren Tarif nicht ebenso teuer und mit schweren Opfern verknüpft erkaufen müssen, wie seinerzeit die Buchdrucker. Drum, fort mit dem ganzen Unterstützungsrummel, der nur die Kraft der Funktionäre lahm legt, sorgen wir für volle Kassen! Unsere Lösung sei: Agitation und Schaffung gesunder Tarifverhältnisse! Einzelmittglied vom Gau 17.

* * *

Dem Abgrund zu?

Nein, so weit sind wir wirklich noch nicht. Es liegt gar keine Veranlassung vor, den Angstschrei des Kollegen Albert anders zu beantworten als mit schallender Heiterkeit.

Was mich trotzdem bewegt, näher auf Alberts Ausführungen einzugehen, ist sein Schlusswort: „Schweigen hieße zustimmen.“

Daß man uns, die wir darauf bedacht sind, alle Berufsangehörige als Verbandsmitglieder zu gewinnen und sie, wenn deren Idealismus nicht weiter reicht, durch Unterstützungen verschiedener Art an uns zu fesseln suchen, als Unterstützungsfanatiker abzuqualifizieren versucht, ist ja am Ende auch nur kurios. Wir haben eben aus den Erfahrungen der praktischen Arbeit, der Agitation, immer mehr einsehen gelernt, daß die Menschen verbraucht, respektive genommen werden müssen, wie sie sind und nicht wie sie sein sollen. Haben wir erst einmal so viele Berufsgenossen um uns geschart, daß wir jeder gestellten Forderung den kräftigsten Nach-

druck verschaffen können, dann bin ich dem Kollegen Albert aufs innigste verbunden, wenn er mit seiner ausgezeichneten Feder an die Idealisierung herangeht und uns den Beweis damit liefert, daß wir ohne Brautausstattungen und Säuglingsbeihilfen usw. die angeworbenen Mitglieder halten können. Gewiß, ich zahle auch lieber 10 Mk. Streikunterstützung als 1 Pf. Beihilfe zur Aussteuer, aber wenn man nichts Besseres an Stelle des Vorenthaltenen setzt, dann sollte man doch die Finger lieber ganz davon lassen.

Kollege Albert hat ja in seiner Dresdener Zeit, als er sich nicht in „gehobener Lebensstellung“ befand, auch nicht vermocht, die Masse der dort in unzähligen Buben und „Büchchen“ verbrochenen Berufsgenossen zur Erkennung ihrer traurigen Lage in den Verband zu „heken“, oder der starken Mitgliederfluktuation gerade in Dresden auch nur um ein Vota Einhalt zu gebieten. War dies vielleicht ein Mangel an Logik oder an Idealismus?

Wir befinden uns bei den Beratungen der Unterstützungsrichtungen in ganz angenehmer Gesellschaft. Die größten Verbände, die in jüngster Zeit Verbandstage abhielten, pflegten die eingehende Besprechung der Unterstützungsfrage. Was bei denen als Gebot der klugen Taktik betrachtet wird, das sollte man doch billigerweise bei uns nicht als „Phrasen“ hinstellen, Freund Albert!

Ich bin der Meinung, daß wir unseren Verband so einrichten müssen, daß er den Mitgliedern nicht nur bei Lohnkämpfen, sondern auch bei schweren Schicksalschlägen als wirklicher Zufluchtsort dienen kann und dienen muß. Mein Wunsch geht dahin, der Verbandstag möge bei den Beratungen sich ruhig im „Sumpf der Ideen“ der Unterstützungsfanatiker verlieren, etwas Gutes wird trotzdem schon herauskommen.

Auf seinen mit nach Stuttgart gerichtetem Blick ausgesprochenen Veruch, der Kasse die Schelle umzuhängen, wird Albert in Dresden die treffende Antwort jedenfalls nicht vorenthalten werden.

Hannover.

Heinrich Nicolai.

Internationales.

Die Tarifbewegung in Amsterdam. Die Bestrebungen, durch Verhandlungen und mit Hilfe der Arbeitskammer des Berufs eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Amsterdamer Buchdruckereien und verwandten Betrieben zu erzielen, haben noch immer nicht zu irgend einem praktischen Ergebnis geführt. Vor kurzem hat der von der „Arbeitskammer für die Druckereibetriebe“ eingesetzte „Veröhnungsrat“ den Parteien Vorschläge zu einer Einigung unterbreitet. Diese Vorschläge, bei deren Aufstellung die Wünsche der Arbeiter und die Einwendungen der Arbeitgeber gleichermaßen berücksichtigt wurden, um sie beiden Parteien möglichst annehmbar zu machen, bieten den Arbeitern recht wenig, man möchte sagen: so viel wie nichts. Das zeigt sich schon darin, daß der zehnstündige Arbeitstag bis zum 1. Januar 1907 bestehen bleiben, und von dem Tage an der 9 1/2-stündige erst einmal sechs Monate auf Probe eingeführt werden soll. Wird danach diese Arbeitszeit definitiv beschlossen, so soll die Tarifgemeinschaft, die sonst nur bis zum 31. Dezember 1908 gilt, bis zum selben Datum des Jahres 1910 bestehen bleiben. Für Nachtarbeit soll allerdings sofort die neunstündige Arbeitszeit festgelegt werden. Die vorgeschlagene Regelung der Löhne ist sehr kompliziert; teils werden Stunden-, teils Wochenlöhne vorgeschlagen, nach Altersstufen steigend. Bei Akkordarbeit soll der Zeitlohn garantiert werden. Für Liniierer soll vom 23. Lebensjahr ab 22 Cents Stundenlohn bezahlt werden; für Brochierer von 14 bis 16 Jahren mindestens 2 Gulden Wochenlohn, dann nach Alter in vier Stufen steigend bis auf 9 Gulden, die im 23. Lebensjahr erreicht werden sollen. Weiter ist von Buchbindern nicht die Rede. Die übrigen Bestimmungen der Einigungsvorschläge des Veröhnungsrats enthalten gleichfalls nur sehr geringe Zugeständnisse für die Arbeiter. Die Antwort der Parteien wurde bis zum 17. Mai gewünscht. Bis jetzt liegt uns noch keine weitere Mitteilung über das Schicksal der Vorschläge vor.

Verbandstag der niederländischen Buchbinder. Der Allgemeine Niederländische Buchbinder-

verband hielt am Himmelfahrtstage zu Haag seine zweite Verbandsversammlung ab. Der Vorsitzende Fenthy mußte leider konstatieren, daß der Verband nach der Aprilbewegung im vorigen Jahre (dem Generalfreist der niederländischen Arbeiter) ungefähr ein Viertel seiner Mitglieder eingebüßt hat. Wie der Jahresbericht ergibt, beträgt die Mitgliederzahl jetzt 163 gegen 226 im Jahre 1903. Es ist jedoch wieder ein Fortschritt zu verzeichnen, manche der untreu gewordenen Kollegen haben sich schon wieder aufnehmen lassen. Die Verhältnisse des Fachorgans „Nieuw Leven“ haben sich recht erfreulich entwickelt. Die Abonnentenzahl des Blattes ist dreimal so groß, als die der Verbandsglieder. Das Blatt wird auch von den flämischen Kollegen in Belgien viel gelesen und hat in Gent 90, in Brüssel 10 und in Antwerpen 25 Abonnenten. — Der Bestand der Verbandskasse belief sich am Schlusse des Berichtsjahres auf 134,58 Gulden, der des Reservefonds auf 525,72 Gulden.

Die Verbandsversammlung bewilligte 50 Gulden zur Unterstützung der ausgesperrten dänischen Kollegen; ferner 25 Gulden zur Unterstützung der ausgesperrten Diamantarbeiter und ebenfalls 25 Gulden für die Opfer des Generalfreist der niederländischen Arbeiter; für die noch immer Unterstützungsgelder gesammelt werden. Dann wurde ein Beschluß gefaßt, wonach auf die Bildung einer Föderation für die graphischen Gewerbe hingewirkt werden soll. Außerdem sprach sich die Versammlung dafür aus, und beauftragte den Vorstand dahin zu wirken, daß die Buchbinderei in die Lehrfächer der Handwerks- und Industrieschulen aufgenommen wird. Von den Haager Kollegen wurde vorgeschlagen, eine Arbeitslosenliste zu gründen; der Antrag wurde jedoch verworfen. — Zum Kongreß der Föderation der belgischen Buchbinder, der am 22. und 23. Mai stattfindet, wurde der Vorstand beauftragt, wenn irgend möglich einen Delegierten zu entsenden. Die belgische Föderation war auch zum niederländischen Verbandstag eingeladen worden. Wie die belgischen Kollegen in einem Schreiben mitteilten, ist jedoch die Einladung zu spät eingetroffen, so daß sie keinen Delegierten mehr schicken konnten.

Die Ergebnisse der statistischen Erhebungen in unserem Berufe in Dresden.

Aufgenommen 1903/1904.

Nach längerer Zeit hielten es die Dresdener Kollegen wieder einmal für notwendig, eine eingehende Statistik über die Verhältnisse in unserem Berufe zu veranstalten. Eine vergangenen Sommer gewählte Kommission hat sich seit der Zeit dieser Aufgabe unterzogen und liegen jetzt die Ergebnisse vor. Da dieselben unseren Dresdener Kollegen gedruckt vorgelegt werden sollen, seien hier nur die hauptsächlichsten Zahlen angeführt. Die lange Dauer der Erhebungen rechtfertigt sich dadurch, daß es uns in erster Linie auf die Genauigkeit derselben ankam, weniger auf die Schnelligkeit. Da wir nicht in allen Betrieben Organisierte zur Hand hatten, bedurfte es mitunter einer wochenlangen Belagerung einer Werkstube, ehe es gelang, die Herren Kollegen zu bewegen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen uns mitzuteilen. Wir sind bei der statistischen Zusammenstellung mit aller möglichen Gewissenhaftigkeit vorgegangen, so daß wir für die Wahrheit der Angaben einstehen können.

Die Statistik umfaßt 241 Betriebe; es fehlen nur wenige kleine Betriebe, die nicht sehr in Betracht kommen. Diese 241 Betriebe setzen sich zusammen aus 59 Buchbindereien, 3 Geschäftsbücherfabriken, 61 Buch- und Stein-druckereien mit Buchbindereibetrieb, 42 Kartonnagen-, 8 Rotillon-, 18 Zigarettenfabriken (zum Teil mit eigener Kartonnageabteilung), 5 Stui-, 3 Lederwarenfabriken, 5 Fabriken photographischer Bedarfsartikel, 3 solcher photographischer Kartons, 14 Luxusarten-, 5 Reklameplatate- und Kuvertfabriken, sowie 13 Fabriken anderer Berufe (Nahmens-, Koffer-, Tapeten-, Chemische-, Chokoladefabriken usw.), soweit diese Buchbinder in ihrem Betrieb beschäftigen. Im weiteren sind diese Betriebe in sieben Hauptgruppen getrennt worden. Insgesamt waren beschäftigt im Sommerhalbjahr 1014 Arbeiter und 2198 Arbeiter-

rinnen. Im Winterhalbjahr, welches für viele Betriebe vermehrte Saisonarbeiten bringt, wurden 79 Arbeiter und 157 Arbeiterinnen mehr eingestellt.

	Gehilfen	Hilfsarbeiter	darunter jugendliche	Arbeiterinnen	darunter jugendliche
62 Buchbindereien	155	18	9	53	—
61 Druckereien	143	24	1	232	16
50 Kartonnagefabriken	144	156	46	742	115
18 Zigarettenfabriken	48	16	3	286	5
18 Stui- und Lederwarenfabriken	71	12	—	46	4
24 Luxuspapierfabriken	118	73	16	801	35
13 anderen Berufen	24	7	—	33	—
Insgesamt	708	306	75	2198	175

Außerdem beschäftigen 58 Buchbinderinnungsmeister 98 Lehrlinge; davon 30 je 1, 18 je 2, 8 je 3 und 2 je 4 Lehrlinge. 3 Innungsmeister haben keine Gehilfen, aber je 3 Lehrlinge. Der beste Beweis, wie sehr die Innung bestrebt ist, das Handwerk zu „heben“. In 4 Stuegeschäften werden noch 6 Lehrlinge gehalten.

Nach den einzelnen Berufsarten spezialisiert, wurden gezählt: 280 Buchbinder, 123 Präger und Presser, 164 Zuschnneider an Pappen- und Kreisscheren, 88 Beschnneider an Beschnedemaschinen, 81 Kartonnagearbeiter, 60 Stuiarbeiter und Portefeuille, 27 Schnittmacher, 54 Stanzer, 137 Hilfsarbeiter, 204 Buchbindereiarbeiterinnen, 328 Kartonnagearbeiterinnen, 65 Hefekinnen, 270 Prägerinnen (117 an Heißprägepressen, 46 an Prägepressen und 107 am Balancier), 29 Arbeiterinnen an Kreisscheren, 115 Koloristinnen und 687 sonstige Hilfsarbeiterinnen. Da unter diesen Arbeitern 306 ungelernete sind, aber nur 191 als Stanzer und Hilfsarbeiter beschäftigt werden, zeigt es sich, daß 115 ungelernete Arbeiter die Arbeit von gelernten verrichten. Dies wolle man namentlich bei den nachfolgenden Löhnen berücksichtigen. Die Durchschnittslöhne der Gehilfen, namentlich in der Kartonnage- und Luxuspapierbranche, wurden niedriger sein, wenn die Löhne dieser 115 Ungelernten mit hinzugerechnet werden könnten, was leider nicht geschehen kann.

Die Durchschnittslöhne waren nachstehende:

Gehilfen bei Buchbinderinnungsmeistern	19,65 Mk.
= in Druckereien	20,40 =
= in Kartonnagefabriken	21,30 =
= in Zigarettenfabriken	22,59 =
= in Stui- u. Lederwarenfabriken	22,51 =
= in Luxuspapierfabriken	23,68 =
= in anderen Berufen	20,50 =

Der Gesamtdurchschnittslohn für gelernte Arbeiter in allen Branchen ist 21,27 Mk. Zwei Gehilfen waren auch noch bei uns in Dresden nach altväterlichem Brauch beim Meister in Kost und Logis.

Die Durchschnittslöhne für Hilfsarbeiter waren in Buchbindereien 12,44 Mk., in Druckereien 17,46 Mk., in Kartonnagefabriken 15,08 Mk., Zigarettenfabriken 17,25 Mk., Stui- und Lederwarenfabriken 17,09 Mk., Luxuspapierfabriken 16,60 Mk. und in anderen Berufen 14,28 Mk. Der Gesamtdurchschnitt ist 15,84 Mk.

Jugendliche Arbeiter (unter 16 Jahren) erzielen einen Durchschnittslohn von 7,14 Mk., jugendliche Arbeiterinnen einen solchen von 6,13 Mk. Die durchschnittlich gezahlten Löhne für Arbeiterinnen sind in Buchbindereien 10,04 Mk., in Druckereien 10,22 Mk., in Kartonnagefabriken 11,36 Mk., Zigarettenfabriken 12,03 Mk., Stui- und Lederwarenfabriken 10,59 Mk., Luxuspapierfabriken 10,70 Mk., in anderen Berufen 12,83 Mk. Der Gesamtdurchschnittslohn ist 10,99 Mk.

In Akkord arbeiten ständig 156 Arbeiter und 1346 Arbeiterinnen, ständig in Zeitlohn 789 Arbeiter und 716 Arbeiterinnen, abwechselnd Akkord und Zeitlohn 69 Arbeiter und 136 Arbeiterinnen. Demnach arbeiten $\frac{1}{4}$ sämtlicher Arbeiter ständig in Zeitlohn, während bei den Arbeiterinnen nur $\frac{1}{3}$ ständig in Zeitlohn arbeitet. Am geringsten ist die Akkordarbeit in den Buchbindereien, was seinen Grund in der Kleinheit der Betriebe hat, am meisten üblich ist Akkord in der Kartonnage- und Luxuspapierbranche.

Die Feiertage werden in 79 Betrieben bezahlt; dabei kommen aber nur kleine Betriebe mit einer geringen Zahl Arbeiter in Frage, Arbeiterinnen sind in der Regel davon ausgeschlossen.

Überstunden- und Sonntagsarbeit wird

Von den Arbeitern waren 708 gelernte, 306 ungelernete.* Auf die einzelnen Branchen verteilen sich die Zahlen folgendermaßen. Es waren beschäftigt in

	Gehilfen	Hilfsarbeiter	darunter jugendliche	Arbeiterinnen	darunter jugendliche
62 Buchbindereien	155	18	9	53	—
61 Druckereien	143	24	1	232	16
50 Kartonnagefabriken	144	156	46	742	115
18 Zigarettenfabriken	48	16	3	286	5
18 Stui- und Lederwarenfabriken	71	12	—	46	4
24 Luxuspapierfabriken	118	73	16	801	35
13 anderen Berufen	24	7	—	33	—
Insgesamt	708	306	75	2198	175

in 103 Betrieben besser bezahlt. Diese Besserbezahlung beginnt mit 3 Pf. pro Stunde, in den meisten Fällen beträgt sie 25 Prozent und 33 $\frac{1}{2}$ Prozent, in wenigen 50 Prozent des sonstigen Stundenlohnes. Die tägliche durchschnittliche Arbeitszeit ist in Buchbindereien 10 Stunden, Druckereien 9 $\frac{1}{2}$, Stui- und Lederwarenfabriken 9 $\frac{1}{4}$, Luxuspapierfabriken 9 $\frac{3}{4}$ und anderen Berufen 10 Stunden. Der Gesamtdurchschnitt beträgt 9 $\frac{3}{4}$ Stunden. Sonnabends ist, soweit Fabriken in Betracht kommen, in der Regel die Arbeitszeit um 1 Stunde verkürzt, so daß eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 $\frac{1}{2}$ Stunden herrscht.

Die Hälfte aller Betriebe beschäftigt nur je 1 bis 5 Personen und nur 12 Betriebe beschäftigen je über 50 Personen und nur 3 über 100 Personen.

Kraftbetrieb ist eingerichtet in 6 Buchbindereien, 34 Druckereien, 17 Kartonnagen, 11 Zigaretten-, 6 Stui- und Lederwarenfabriken und 15 Luxuspapierfabriken, sowie 5 Betrieben anderer Berufe.

Außerhalb der Werkstube wird noch in 96 Betrieben Hausarbeit ausgegeben. Leider kommen dabei nicht bloß Hausarbeiterinnen in Betracht, sondern eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Werkstube beschäftigt sind, schämen sich nicht, ihren arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen dadurch die Arbeitsgelegenheit wegzunehmen, daß sie noch selbst Arbeit mit nach Hause nehmen und dort die halbe Nacht weiterschauzen und auf diese Weise alle Anstrengungen, die Löhne festzulegen und die Arbeitszeit zu begrenzen, vernichten.

Eine ziemlich litane kann über das Kapitel Mißstände hergesagt werden, doch ist dies besser örtlich recht eingehend zu behandeln. Außer den Werkstubenbogen wurden auch Personenfragebogen, aber nur an männliche Arbeiter, ausgegeben. An der Beantwortung beteiligten sich 514 Kollegen, davon waren 275 verheiratet und 239 ledig. Von den Verheirateten hatten 59 keine Kinder, 77 je 1, 52 je 2, 44 je 3, 28 je 4, 10 je 5, 4 je 6 und 1 Kollege 8 Kinder.

Arbeitslos waren 26 verheiratete und 61 ledige Kollegen, erstere durchschnittlich 44 $\frac{1}{4}$ Tage, letztere durchschnittlich 46 Tage. Infolge Krankheit waren erwerbsunfähig 35 Verheiratete und 24 ledige, erstere durchschnittlich 32 $\frac{1}{2}$ Tage, letztere durchschnittlich 34 $\frac{1}{2}$ Tage, durch erlittenen Unfall waren 9 Kollegen durchschnittlich je 8 $\frac{2}{3}$ Tage arbeitslos.

Das durchschnittliche Lebensalter eines Verheirateten ist 35 $\frac{1}{2}$ Jahre, das eines ledigen 24 Jahre, das Durchschnittsalter überhaupt, ohne Rücksicht ob verheiratet oder ledig, ist 30 $\frac{1}{4}$ Jahre.

Aus alledem ersieht man, wie sehr wir hier in den Arbeitsverhältnissen gegenüber manchen anderen Großstädten noch zurück sind. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr zu fern, wo das bisher Verfümmelte nachgeholt wird. Mögen alle Kollegen und Kolleginnen eingedenk sein, daß die Hauptbedingung hierzu ist: Agitieren und Organisieren. K.

Jahresbericht des Gaus I.

Ein Jahr reger Tätigkeit liegt hinter uns, und wenn wir uns das Resultat derselben betrachten, so können wir in Allgemeinen zufrieden sein. Neben einzelnen Mißerfolgen, die bei der Agitation niemals ausbleiben, ist fast überall ein Fortschritt zu verzeichnen, der nicht nur in der erhöhten Mitgliederzahl, sondern auch in den, in einzelnen Orten durchgeführten Verbesserungen der Lohn- und Ar-

* Von den 200 Mitgliedern der Buchbinderzwangsinnung beschäftigen zwei Drittel keine Gehilfen.

beitsbedingungen zum Ausdruck kommt. Daß es im vergangenen Jahre endlich dahin gekommen ist, daß unsere Kollegen in mehreren Provinzstädten in eine Lohnbewegung eingetreten sind und daß in einigen anderen Orten die Vorbereitungen zu einer solchen getroffen wurden, hat hauptsächlich die Gauvorsehertagung vom 1. März zuwege gebracht. Unmittelbar nach derselben wurden seitens des Gauvorstandes in allen Zahlstellen, sowie in den Orten, wo eine größere Anzahl Verbandsmitglieder beschäftigt ist, Versammlungen arrangiert, in welchen den Mitgliedern die Beschlüsse der Gauvorsehertagung zur Kenntnis gebracht wurden. In allen Orten, ohne Ausnahme, erklärte man sich damit einverstanden, daß überall da, wo die Verhältnisse es gestatten, Forderungen an die Prinzipale gestellt werden sollten. Ebenso erhob sich gegen die in Aussicht genommene Extrasteuer nicht die geringste Opposition, von allen Seiten wurde die Notwendigkeit derselben anerkannt; selbst in Berlin hatte man im Gegensatz zu früher die Einführung einer Extrasteuer gutgeheißen. Die plötzliche Zurückziehung derselben seitens des Verbandsvorstandes hat allgemein im Gau Beifremden erregt.

In Berlin wurde die Agitation in den acht Branchen von den Branchenvertrauenspersonen gemeinsam mit dem Gauvorstand geleitet und betrieben. Die Tätigkeit war in allen Branchen eine überaus eifrige, die Erfolge zeigten sich denn auch in den vielen Neuaufnahmen männlicher und weiblicher Mitglieder. Ganz besonders erfreulich ist die Zunahme der Zahl der weiblichen Mitglieder. Hier hat die Mitgliederzahl bald die der männlichen erreicht. Um wenigstens ein kleines Bild von der intensiven Tätigkeit der Branchenvertrauenspersonen zu geben, sei mitgeteilt, daß in der Buchbinderbranche im verfloßenen Jahre 186 Werkstubeversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen und 16 Werkstubendelegiertenversammlungen stattgefunden haben. In der Kontobuchbranche waren es 24 Werkstuben- und 13 Werkstubendelegiertenversammlungen; in der Stuibranche 14 Werkstuben- und 14 Delegiertenversammlungen, sowie 4 öffentliche Versammlungen; in der Luxuspapierbranche 95 Werkstuben-, 22 Delegiertenversammlungen und 4 öffentliche Versammlungen; in der Kartonbranche 151 Werkstuben- und 25 Delegiertenversammlungen, außerdem 9 öffentliche Versammlungen; in der Albumbranche 49 Werkstuben- und 11 Delegiertenversammlungen, sowie 9 öffentliche Versammlungen; in der Goldschnittmacherbranche 9 Branchen- und 8 Werkstubeversammlungen. In der Papier- und Bergalanteriebranche ruhte die Agitation fast vollständig, da dieselbe ohne Vertrauensmann war; nur 2 Delegierten- und 5 Werkstubeversammlungen konnten abgehalten werden und mußten diese vom Gauvorstand einberufen werden.

Es haben also insgesamt in Berlin im vorigen Jahre 532 Werkstubeversammlungen und 39 öffentliche beziehungsweise Branchenversammlungen stattgefunden. Dazu kommen noch eine Anzahl Tariffestungen, die in der Buchbinder-, Kontobuch-, Luxuspapier-, Karton- und Goldschnittmacherbranche abgehalten wurden. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1902 3786 Mitglieder; am 31. Dezember 1903 4808 Mitglieder; mithin ist eine Zunahme von 1022 Mitgliedern zu verzeichnen.

In Adlershof ist die Mitgliederzahl ziemlich dieselbe geblieben; an eine Lohnbewegung konnte nicht gedacht werden, da die meisten Mitglieder in Berlin arbeiten.

In Charlottenburg ist das gleiche der Fall. Die am Orte arbeitenden Kollegen haben zum Teil die in Berlin geltenden Lohnsätze; eine Anzahl Kollegen sind in Berlin in Arbeit. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 27 männliche und 3 weibliche Mitglieder; auch hier ist gegen das Vorjahr eine kleine Zunahme zu verzeichnen.

In Steglitz kam es zu einem erbitterten Kampfe mit der „Neuen photographischen Gesellschaft“. Die Ursachen waren Maßregelungen einiger tüchtiger Kollegen, deren Wiedereinstellung gefordert wurde. Die Direktion lehnte das strikte ab, worauf es zur Arbeitsniederlegung des ge-

samten Buchbindereipersonals kam. Die Vermittlungsversuche seitens des Gauvorstandes wurden von der Direktion damit beantwortet, daß das hösliche Schreiben des Gaubevollmächtigten zweimal durchstrichen und in vier Teile zerschnitten diesem zurückgeschickt wurde. Wahrscheinlich, eine sehr „feine“ Firma. Der Streik ging leider verloren; weil an Stelle der Buchbinder Hilfsarbeiter traten, die von den „berühmt“ gewordenen Nachkollegen Mauci und Maier angeleitet wurden. Die Mitgliederzahl ging infolgedessen zurück, da mehrere Kollegen den Ort verlassen mußten. Gegen Ende des Jahres sind aber wieder Verbandsmitglieder in den Betrieb der N. B. G. eingezogen, da die Firma mit den Hilfsarbeitern nicht fertig werden kann. Es wird nicht lange dauern, und die Organisation hat dort wieder festen Fuß gefaßt.

In Neu-Kruppin hatte die Organisation gute Fortschritte gemacht; bis auf drei Kollegen waren alle in den dortigen Geschäften tätigen Personen organisiert, deshalb wurden schon im Frühjahr die Vorbereitungen für eine Lohnbewegung getroffen. Mit Rat und Tat stand der Gauvorstand den Kollegen zur Seite. Im August wurden die Forderungen an die Prinzipale eingereicht. Die beiden größten Firmen, Dehmigke & Riemschneider und Lange beziehungsweise Gustav Kühn, lehnten die minimalen Forderungen rundweg ab, nur die beiden kleinen Firmen wollten bewilligen. Es kam somit am 31. August zum Streik, dem sich alle Kollegen und Kolleginnen, bis auf einen namens Jellingner, angeschlossen. Nach viertägigen Kämpfen bequimte sich die Firma Dehmigke & Riemschneider mit den Vertretern des Buchbinder- und Steindruckerverbandes (die Steindrucker hatten ebenfalls alle gekündigt, ebenso das Hilfspersonal) zu verhandeln. Das Resultat dürfte allen Lesern bekannt sein. Bei der Firma Lange kam es erst nach vierzehntägigem Kampfe zur Entscheidung. Die Forderungen wurden ebenfalls bewilligt. Nachdem aber die Saison vorüber war, nahm die Firma Lange respektive Gustav Kühn Rache an den „Anbotmäßigen“ und am Weihnachtsabend wurden alle Verbandsmitglieder entlassen und ihnen ein ganzer Wochenlohn von Herrn Lange einbehalten. Der Herr brachte sicher Weihnachtsgeld. Das Amtsgericht sorgte aber auf Veranlassung des Verbandes dafür, daß er das Geld wieder rausrüden mußte. Die Kollegen mußten als gemäßigert anerkannt werden. Infolge Abreise verschiedener Mitglieder ist der Mitgliederbestand bedeutend gesunken.

In Finsterwalde konnte erst nach langem Zögern der dortigen Kollegen eine Zusammenkunft im Mai stattfinden, die nur von vier Mitgliedern besucht war. Der Grund der Saumseligkeit war für den anwesenden Gaubevollmächtigten leicht gefunden. Die früher gut dastehende Zahlstelle war arg zusammengebrochen; von den ehemals vorhandenen 27 Mitgliedern waren nur noch 8 organisiert. Durch eine ungeschickte Maßnahme seitens der männlichen Mitglieder waren sämtliche weibliche Kolleginnen aus dem Verband ausgetreten. Es war die höchste Zeit, daß ein Mitglied des Gauvorstandes in Finsterwalde nach dem Rechten sah, sonst wäre schließlich die ganze Zahlstelle durch ein unbesonnenes Vorgehen eingegangen. Der Gauvorstand nahm Veranlassung, sofort eine öffentliche Versammlung in die Wege zu leiten. Diese konnte aber erst im Späthommer stattfinden, da die Geschäftskonjunktur in den Sommermonaten daselbst sehr schlecht ist. In dieser Versammlung ist es denn auch gelungen, die Arbeiterinnen dem Verband wieder zuzuführen, so daß die Zahl der Mitglieder am Schlusse des Jahres wieder 26 beträgt. Von einer Lohnbewegung mußte vorläufig Abstand genommen werden.

In Brandenburg a. S. ist das Verbandsleben sehr faul, es fehlt dort an den leitenden Personen. Die „Kunstanstalt“ von Kaufmann beschäftigt eine große Anzahl Hilfsarbeiterinnen, die teilweise Buchbinderarbeiten herstellen. Hier liegt ein großes Tätigkeitsfeld brach; leider wird von den organisierten Kollegen gar nichts getan, um diese Arbeiterinnen zu organisieren. Auch die wiederholten Rippenstöße des Gauvorstandes haben sie nicht aus ihrer Lethargie aufgerüttelt. Gelegentlich einer Steindruckerbewegung im Oktober wollten die Kollegen auch mit Forderungen an die Firma

Kaufmann herantreten. Da der Geschäftsgang nicht besonders günstig war, mußte davon Abstand genommen werden. Die Mitgliederzahl beträgt 12.

In Luckenwalde ist im letzten Jahre fleißig gearbeitet worden. Es wurden mehrere Werkstubeversammlungen abgehalten, die dem Zwecke dienten, die dem Verband noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zu uns heranzuziehen; ferner dieselben für die Verkürzung der Arbeitszeit zu interessieren. Da jedoch im Herbst die Situation nicht besonders günstig war, wurde die Lohnbewegung bis zum Frühjahr verschoben. Die lebhafteste Tätigkeit hatte den Erfolg, daß nicht allein der Mitgliederbestand auf 39 gestiegen ist, sondern auch, wie schon bekannt, die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt wurde.

Die Zahlstelle Kottbus ist leider eingegangen, und zwar hauptsächlich auf Betreiben des bekannten Geschäftsbücherfabrikanten Otto Enke. Dadurch, daß es diesem Herrn gemeinsam mit der dortigen Behörde gelungen ist, alle tätigen Verbandsmitglieder aus ihren Stellungen zu verdrängen, fand sich niemand mehr, die Geschäfte des Verbandes zu besorgen. So mußte die Zahlstelle aufgegeben werden, jedoch ist es den Herren nicht gelungen, die Organisation am Orte überhaupt zu zerstören. Es waren am Schlusse des Jahres 8 Einzelmitglieder vorhanden, die jetzt an den Gauvorstand zahlen. Es steht zu hoffen, daß auch in Kottbus wieder feste Organisationsverbindungen hergestellt werden.

In Zossen, einem kleinen Landstädtchen, befindet sich eine größere Druckerei, die im vorigen Jahre bis 16 Kollegen und Kolleginnen beschäftigte. Da die Lebensbedingungen ziemlich dieselben sind wie in Berlin, die Wohnungen für ledige Leute sogar noch teurer als in der Großstadt, so sahen sich die Kollegen genötigt, höhere Löhne zu fordern. In einem Schreiben wurden die Forderungen der Direktion unterbreitet. Diese verhielt sich nicht direkt ablehnend, sondern suchte das Personal noch einige Tage zu verfröhen. Die Kollegen und Kolleginnen aber erblickten darin eine Verschleppung und wurden persönlich vorstellig. Als die Firma auf ihrem Standpunkt verharrete, legten sämtliche Kollegen und Kolleginnen die Arbeit nieder. Nach dreitägigem Ausstand wurden feste Vereinbarungen getroffen. Der Gaubevollmächtigte unter Hinzuziehung eines Kollegen und einer Kollegin schlossen mit der Direktion die Abmachungen ab. Auch hier suchte sich nach dem Streik die Firma an dem Lohne von drei Arbeiterinnen schadlos zu halten, wozu sie sich berechtigt fühlte wegen angeblichen Kontraktbruchs des Personals. Die Betroffenen haben gegen die Firma die Klage angestrengt.

In Frankfurt a. O. bestand schon zweimal eine Zahlstelle. Die Bauheit der dortigen Kollegen in der Organisationsfähigkeit ist aber so groß, daß an die Gründung einer neuen Zahlstelle in absehbarer Zeit nicht gedacht werden kann; der Mitgliederbestand erhebt sich nicht über 8, trotzdem eine bedeutende Anzahl Berufsgenossen dort beschäftigt ist. Die Betroffenen scheinen mit ihren niedrigen Löhnen vollauf zufrieden zu sein. Genau daselbe trifft für Guben, Potsdam, Spandau und Sorau zu. In diesen Städten sind viele Kollegen beschäftigt; organisiert sind nur sehr wenige. Auch in Rathenow, wo zirka 125 Stuiarbeiter beschäftigt sind, wurde seitens des Gauvorstandes im vorigen Jahre mehrfach der Versuch gemacht, Verbindungen anzuknüpfen. Leider ohne Erfolg, trotzdem dort äußerst niedrige Löhne gezahlt werden. Von einer schlechten Geschäftszeit ist dort fast gar keine Rede. Die Stuiarbeiter hätten es sehr leicht, wenn sie organisiert wären, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Einzelmitglieder waren in folgenden Orten zu verzeichnen: Frankfurt a. O., Guben, Kottbus, Spremberg, Sorau, Fürstenwalde, Schwiebus, Landsberg a. W., Klettwitz, Potsdam, Werder a. S., Belten, Nowawes, Spandau und Zossen. In verschiedenen Städten der Provinz fehlt noch jede Verbindung, hoffentlich gelingt es auch dort bald festen Fuß zu fassen. Am Schlusse des Jahres hatten wir an Einzelmitgliedern 43 männliche und 2 weibliche. Der Bestand der Zentralkasse belief sich am 31. Dezember auf 85,92 Mk. Die Gaukasse, die auf dem letzten Goutag gegründet wurde und am 1. Januar 1903 in Funktion gesetzt wurde,

hatte 155,28 M. Einnahmen und 29,35 M. Ausgaben, es bleibt sonach am Schlusse des Jahres ein Kassenbestand von 125,93 M. Der Gauvorstand erledigte seine Geschäfte in 25 Sitzungen, auch beteiligte er sich an 18 Werkstubenversammlungen in Berlin. Referenten seitens des Vorstandes wurden gesandt nach Charlottenburg dreimal, nach Steglitz viermal, nach Adlershof einmal, Luckenwalde zweimal, Boffen dreimal, Brandenburg a. H. zweimal, Finsterwalde zweimal, Neu-Huppin zweimal, Rottbus zweimal. Verhandlungen mit Arbeitgebern machten sich notwendig in Rottbus, Neu-Huppin und Boffen. In Rottbus wurde der Gaubevollmächtigte nicht empfangen, der betreffende Prinzipal wollte mit dem Verband nichts zu tun haben.

Wie die Mitglieder nun aus vorstehendem Bericht ersehen, ist der Gauvorstand nach Kräften bemüht gewesen, nicht nur die Organisation nach Möglichkeit auszubauen, sondern auch für die Durchführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen. Wenn nicht alles gelungen ist, so liegt das nicht an uns, sondern vielfach auch an den Kollegen, die nicht mit der nötigen Energie an die Aufgaben der Organisation herangehen. Wenn etwas erreicht werden soll, so müssen die Mitglieder in erster Linie auf dem Posten sein. Der Gauvorstand wird allen stets mit Rat und Tat zur Seite stehen. Hoffen wir, daß in Zukunft das Versäumte nachgeholt wird.

Berlin. H. B. Bergmann.

Korrespondenzen.

Dresden. In der Sonnabend den 14. Mai stattgefundenen gut besuchten Versammlung referierte über: „Tätigkeitsbericht der statistischen Kommission“ Kollege D. Kuhl. Der von demselben gegebene Auszug aus den Ergebnissen der im vergangenen Halbjahr aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Bezirke legte Zeugnis ab von den Schwierigkeiten, die die aus 11 Mitgliedern bestehende Kommission bei ihren Arbeiten zu überwinden hatte, um ein möglichst genaues Bild der hiesigen Arbeitsverhältnisse herauszubekommen. Die Statistik umfaßt 241 Betriebe mit 1014 Arbeitern und 2198 Arbeiterinnen, inbegriffen 250 Jugendliche, dazu kommen noch 104 Lehrlinge. Die Ergebnisse sind in allem Einzelnen in Tabellenform für jede Branche gebracht und sollen gedruckt allen Interessenten zugänglich gemacht werden. Daher erübrigen sich für diesen Bericht weitere Angaben. In der Debatte wurde anerkannt, daß diese Statistik brauchbares Material für unsere Agitationsarbeit biete und der Kommission der Dank der Versammlung bezeugt. Werner gab noch einige Erläuterungen hierzu und bemerkte, daß sich die statistische Kommission mit heute als aufgelöst betrachtet.

Zur Wahl einer Agitationskommission erklärt B. Kuhl es als Aufgabe der zu wählenden Kommission die Abhaltung von Werkstubenversammlungen, wie überhaupt intensive Agitation für den Verband unter Benützung des von der statistischen Kommission gelieferten Materials. Liebernickel schlägt vor, die aufgelöste statistische Kommission als Anerkennung für ihre geleistete Arbeit als Agitationskommission neu zu wählen, was einstimmig geschieht. An Stelle des ausgeschiedenen Neuhäuser wird Behm gewählt.

Sodann weist der Bevollmächtigte auf den bevorstehenden Verbandstag hin und erlucht, die künftigen Versammlungen, in denen die Anträge diskutiert werden sollen, recht zahlreich zu besuchen. Rothe ermahnt zur eifrigen Agitation unter den Indifferenten, damit die Arbeiten der statistischen Kommission auch Früchte bringen mögen. Nachdem noch von einigen Kollegen über Arbeiten unter minimalen Löhnen diskutiert worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bundschau.

* Die Gründung des christlichen Zentralverbandes für das graphische Gewerbe ist am Sonntag den 15. d. Mts. in Köln perfekt geworden. Beteiligt waren auf dieser Gründungsversammlung die Städte: Köln, Revelaer, Essen, Aachen, Düren, Freiburg i. B. und Nürnberg. Aus 18 anderen Orten wurde berichtet, daß Ver-

eine bereits gegründet seien oder in Kürze solches geschehen werde. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder auf 35 Pf., für weibliche auf 20 Pf. pro Woche festgesetzt. Als Zentralvorsitzender wurde Hille-Köln gewählt, als Stellvertreter Schwarz-Nürnberg; letzterer wird von Nürnberg nach Köln übersiedeln.

* Kommissionsrat Hugo Frißche ist aus der Leipziger Buchbinder-Aktiengesellschaft vortm. Gust. Frißche ausgetreten. Als erster Direktor soll Herr Max Waumbach gewählt sein. Über die Gründe zu dieser Änderung verlautet nichts Bestimmtes. Selbst in den Kreisen der Aktionäre scheint Unklarheit über den Rücktritt des Herrn Frißche zu herrschen, was aus, folgendem, in den „E. N. N.“ veröffentlichten Eingefandt hervorgeht:

„Nachdem am 21. d. Mts. der Austritt des bisherigen Direktors, Herrn Kommissionsrat Frißche, aus dem Vorstand der Leipziger Buchbinder-Aktiengesellschaft vortm. Gust. Frißche, hier, bekannt geworden ist, dürfte es für die Aktionäre der Gesellschaft von ganz besonderer Wichtigkeit sein, zu erfahren, weshalb dieser plötzliche Austritt erfolgt ist. Ist derselbe vielleicht eine Folge der seinerzeit in dem vom Aufsichtsrat veröffentlichten Kommuniqué angeordneten willkürlichen Verwendung von Mitteln der Gesellschaft für die neu aufgenommene Stofffabrikation? Erleidet etwa gar die Gesellschaft größere Verluste aus diesen Vorkommnissen? Es ist nur recht und billig, wenn seitens der Verwaltungsorgane der Gesellschaft den Aktionären auch der Grund dieses auffälligen Ausschlebens des Herrn Frißche genannt wird. Der starke Rückgang des Aktienkurses rechtfertigt jedenfalls die Vermutung irgendwelcher abträglichen Vorkommnisse und erheischt rascheste Aufklärung durch die Verwaltung.“ Ein Aktionär.“

* Ansichtskartenversand von Ausflugsorten. Pfingsten hat gewiss wieder so manchem Grüße aus der Ferne per Ansichtspostkarte gebracht. Welchen Umfang dieser Massenversand von Ansichtskarten angenommen hat, zeigt sich am deutlichsten in einer Zusammenstellung über den Briefverkehr an Aussichtspunkten und anderen Ausflugsorten, wo die Post sogenannte Sommerpostanstalten für die Saison eingerichtet hat. Im Reichspostgebiet werden 41 derartige Postämter im Sommer errichtet. Die Auslieferung bei diesen betrug im Jahre 1903 1642000 Stück. Darunter befanden sich 1591000 Postkarten, mit wenigen Ausnahmen Karten mit Ansichten. Der gesamte übrige Briefverkehr umfaßte also noch nicht den 30. Teil der ausgelieferten Post- oder Ansichtskarten. Die größte Auslieferung hat der Brocken, wo sich 168 Tage lang ein Postamt befand. Dort wurden 261000 Postkarten und 40000 andere Briefsendungen ausgeliefert. An zweiter Stelle steht die Wastel in der sächsischen Schweiz mit 250000 Postkarten und 4000 anderen Sendungen. Es folgen nach der Zahl der ausgelieferten Postkarten in Tausenden: die Wartburg 175, die Schneefoppe 155, der Niederwald 154, der Ruffhäuser 118, der Feldberg im Taunus 68, die Hudelesburg 65, Inselsberg 52, das alte Schloß in Heidelberg 44 usw. Fast sämtliche Aussichtspunkte sind auch mit Telegraphen ausgerüstet, ein Teil der Aussichtspunkte hat auch Fernsprecher.

* Berufsart und Sterblichkeit an Lungentuberkulose. In den württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde veröffentlicht der Sanitätsrat Dr. Eiben eine ausföhrliche Studie über die Sterblichkeit an Lungentuberkulose nach Alter und Beruf in Württemberg in den Jahren 1899 bis 1901. Von je 100 Todesfällen fielen in den nachgenannten Berufen auf Lungentuberkulose:

Buchbinder	51,4	Stubenmaler	44,1
Schneider	53,6	Zischler	43,8
Näherinnen	52,7	Klempner	43,1
Buchdrucker	52,2	Uhrmacher	41,9
Schneiderinnen	52,0	Stuckateure	41,1
Bäcker	50,0	Fleischer	40,7
Steinhauer	49,5	Hütcher	40,3
Goldschmiede	47,1	Spinner, männliche	39,2
Schuhmacher	46,4	Schlosser	37,6
Sattler	45,7	Spinner, weibliche	37,1
Brauer	44,4		

* Die Selbstlosigkeit eines englischen Arbeiterabgeordneten hat in England viel Aufsehen erregt. Der Arbeiterabgeordnete Cremer erhielt vor einigen Monaten in Anerkennung seiner Verdienste um die Friedenspropaganda den Nobelpreis im Betrage von 150000 Mark. Cremer war früher Holzarbeiter und gründete die Holzarbeitergewerkschaft. Der Nobelpreis gab ihm die Möglichkeit, seinen Lebensabend sorgenlos zu genießen, aber Cremer zog es vor, arm zu bleiben und übergab vor wenigen Tagen die 150000 Mark der englischen Liga für internationale Schiedsgerichte. Nur knüpfte er die Bedingung daran, daß zwei Drittel des Vorstandes der Liga aus Arbeitern bestehen sollen, „da die Arbeiter in nicht allzu ferner Zukunft die Herrscher Englands sein werden“.

* Vom Bücherwurm. Vor einigen Jahren erließ der Verband französischer Bibliothekare ein Preisaus schreiben für das beste Mittel gegen den Bücherwurm. Ein Fr. Bellechet hatte 1000 Frank für die beste Arbeit gestiftet. Dieser Preis wurde einem Herrn Johann Walle in Görz, Österreich, zuerkannt, und Herr Constantin Hulbert in Rennes, Frankreich, erhielt 500 Frank. Herr Hulbert beschrieb 77 Sorten bucherfeindlicher Tierchen, deren gefährlichster der Bücherwurm Anobium panicum ist. Er ist gelb, grau oder braun, sein Körper ist ei- oder walzenförmig, er ist sehr gefräßig und vermehrt sich rasch. Eine andere Gattung, Ptinus brunneus, zählt in Europa 50 Abarten.

Das beste Schutzmittel gegen diese Zerstörer ist, die davon befallenen Bücher 36 Stunden in eine Kiste zu verschließen, die Schwefelkohlenstoff oder einen anderen flüchtigen für Lebewesen giftigen Stoff enthält.

* Büchererzeugung. Die in neuerer Zeit oft erörterte Frage, ob zu viele Bücher hergestellt werden, versucht Mil Richter an Hand statistischer Angaben in der Zeitschrift: „Die Gegenwart“ zu beantworten. Der Verfasser stellt fest, daß die jährliche literarische Erzeugung sämtlicher Kulturländer 140000 Werke und 65000 Zeitschriften und Zeitungen umfaßt, und daß Deutschland an dieser Erzeugung mit jährlich rund 26000 Werken und 8000 Zeitschriften und Zeitungen beteiligt ist. Unter der Annahme, daß der jährliche Absatz der deutschen 4500 Sortimentsbuchhandlungen im Durchschnitt mehr als 200000 Mk. beträgt, würde sich die jährliche Ausgabe Deutschlands für Bücher auf mehr als 90 Millionen Mk. beziffern. Nach anderer Feststellung macht der jährliche Verbrauch an deutschen Büchern ungefähr 120 Millionen Mk. aus, und danach stellt sich die jährliche durchschnittliche Ausgabe für Bücher einer Person des Deutschen Reichs bei 56 Millionen Einwohnern auf 2 Mk. Da fast jedes Kind schon in den ersten Lebensjahren Bilderbücher im Werte von 1 bis 5 Mk. erhält, und für die Schulkinder eine bedeutende Menge Bücher abgesetzt werden, dürfte für den erwachsenen Deutschen die jährliche Durchschnittsausgabe nicht geringer als 2 Mk. sein. Auf eine Million Einwohner kommen in Frankreich 265, in Italien 300, in Schweden 340, in der Schweiz 454, in Deutschland 465, in Dänemark 520, in Holland 570 Werke. Da in Deutschland der allgemeine Bildungsstand den der übrigen Länder zumindest erreicht, und seit 1870 ein bedeutender wirtschaftlicher Aufschwung stattgefunden hat, so erscheint nach obigem die Erzeugung von Büchern in Deutschland nicht übermäßig hoch.

* Die Diamantarbeiter in Amsterdam stehen nun schon drei Monate im Kampfe gegen das Unternehmertum. Über 6000 Arbeiter wurden ausgesperrt, weil sie das mit schweren Opfern in zwei siegreichen Massenkämpfen Errungene nicht preisgeben wollten. Nur ein kleiner Teil arbeitet in einigen kleineren Fabriken weiter und zahlen diese außer dem hohen Verbandswochenbeitrag (1,15 Mk. nach unserem Gelde) 20 Prozent des Verdienstes für die Aussperrten. Wöchentlich müssen zirka 50000 Mk. aufgebracht werden.

* Ein Reichsarbeitsamt zu errichten soll einer Meldung der „Sozialpolitischen Rundschau“ zufolge, im Reichsamt des Innern in Erwägung gezogen worden sein. Es sei beabsichtigt, die ar-

beitsstatistische Abteilung innerhalb des Amtes selbständig zu machen und an ihre Spitze einen zweiten Direktor im kaiserlichen statistischen Amt zu setzen. Zum Nachfolger des Präsidenten Wilhelm sei der Oberregierungsrat Werner im Reichsamt des Innern nunmehr definitiv bestimmt. Die „Deutsche Arbeitg.-Ztg.“ zeigt sich besser unterrichtet, sie will von absolut zuverlässiger Seite wissen, daß die obige Darstellung keineswegs zutreffend ist. Richtig ist der Schlußsatz in der diesbezüglichen Notiz: „Jetzt spricht die mißliche Finanzlage des Reiches auch dagegen.“

* Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg erstattet den Bericht über das 10. Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1903. Die Entwicklung der Gesellschaft ist in dem verflochtenen Jahre eine erfreuliche gewesen. Die Zahl der angeschlossenen Vereine stieg von 247 auf 266, außerdem haben noch 39 Vereine ihren Beitritt angemeldet, so daß eine Gesamtzunahme der Gesellschafter von 247 auf 305 zu verzeichnen ist. Die Mehrung der angeschlossenen Vereine hatte eine ziemliche Zunahme des Warenumsatzes der Großeinkaufsgesellschaft zur Folge. Während im Vorjahre 21 568 549 Mk. umgesetzt wurden, erreichte der Warenumsatz im Jahre 1903 die Höhe von 26 445 888 Mk., das ist eine Zunahme von 4 877 339 Mk. oder 22,61 Prozent. Die Steigerung wäre noch eine wesentlich höhere gewesen, wenn nicht einzelne Artikel gegen das Vorjahr eine selten niedrige Preisbasis gehabt hätten. Im Berichtsjahre hat die Großeinkaufsgesellschaft eine eigene Kaffeerösterei eingerichtet und damit ganz gute Geschäfte erzielt. Die Einrichtungen in diesem Betriebe sind von der Gewerbeinspektion als musterhaft lobend anerkannt worden. An Personal beschäftigte die Großeinkaufsgesellschaft 197 Personen. Die Bilanz ergibt für das Jahr 1903 einen Reingewinn von 114 251 Mk.

Literarilches.

„Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens.“ Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern von Eduard Bernstein. Agitationsausgabe 20 Pf.
Eine beachtenswerte Schrift von Paul Kampffmeyer: **Wandlungen in der Theorie und Praxis der Sozialdemokratie**, ist soeben im Verlage von G. Birt & Co., München (104 S. 75 Pf.) erschienen.
„In Freien Stunden.“ Illustrierte Wochenschrift für das arbeitende Volk. Jedes Heft kostet 10 Pf.
„Wider die Pfaffenheerrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von Emil Rosenow. Das vierte Heft ist soeben erschienen. Das Heft kostet 20 Pf.

Briefkasten.

D. F. C. in E. Ja, den Brief, der die Resolution enthält, habe ich D. gezeigt.
E. S. in M. Vieleicht die „Berl. Buchb.-Ztg.“, Berlin SW., Junkerstraße 19.
E. R. in B. In nächster Nummer.
B. J. in B. Lassen Sie's nur, es liegen noch zwei Neufierungen dazu vor, es verlohnt sich ja wirklich nicht der Mühe um den Quat.
A. L. in G. Schicken Sie nur, bitte, den Betrag ein, dann kommt das Inserat; Zahlung soll immer vorher erfolgen.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der Gau Bevollmächtigten.
Gau V. Rudolf Herzberg, Magdeburg = W., Annafraße 7, Vertrauensmann für Stendal: H. Lohse, Brüderstraße 24; für Bernburg: Wilh. Kammel, Langestraße 12; für Osterwieck a. S.: Fr. Diekmann, Luffen-Allee 23; für Halberstadt: R. Eiwede, Gröperstraße 59; für Quedlinburg: F. Schnake, Kaiserstr. 1; für Weißenfels: J. Schinke, Friedrichstraße 21; für Wittenberg a. G.: R. Kluska, Markt 8; für Aichersleben: Ph. Vogt, Wasserort 9; für Burg b. Magdb.: F. Mack, Gr. Brahmstraße 18.)

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.
Salle a. S. Alle Briefe sind an M. Morgner, Adolatenweg 25, zu richten.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.
Rufia i. Th. Z. Heiner, Schäfer, Köpfergasse 82 I; von 12—1 und 7—8 Uhr. L. U.

Gau XVI.

Die für Sonntag den 29. d. Mts. anberaumte **Fombinierte Verwaltungssitzung** der Zahlstellen Erlangen, Fürth und Nürnberg findet umstandshalber erst am **5. Juni, nachmittags 3 Uhr** in Großenbrunn, bei Ulrich statt.
Mit kollegialem Grusse
Der Gauvorstand.

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 28. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Göltingerstraße

Mitglieder-Versammlung.

- 335] Tagesordnung: [1.70
1. Fortsetzung der Beratung über die gestellten Anträge zum Verbandstag.
2. Vorschläge für die Delegiertenwahl und für die Wahlkommission.
3. Fragekasten — Verschiedenes.

Derjenige Kollege, welcher in der Versammlung vom 20. Februar **10 Mk.** irrtümlich vorausgabte, wird dringend ersucht, sich bis 29. Mai mittags beim Vorsitzenden der Zahlstelle zu melden.

Am **Sonntag den 29. Mai, nachmittags von 5 Uhr ab**, treffen sich die Mitglieder der Zahlstelle und des Buchbindermännerchors auf der „Schillereiche“.

Wir ersuchen die Mitglieder dringend, an den **Versammlungen** sowie sonstigen Veranstaltungen sich zahlreich und pünktlich zu beteiligen.
Der Vorstand.

Achtung! Leipzig. Achtung!

Sonntag den 5. Juni

Familienausflug mit Musik

336] nach der [3.70

„Grünen Aue“, Böhlich-Chrenberg.

Treffpunkt 1/2 Uhr am Frankfurter Torhaus. Abmarsch 2 Uhr. Ganz frei. Für Kinder ist Armbrustschießen, Spiele, großes Kuchenessen, sowie am Abend Lampenzug nach der Stadt vorgesehen.
Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen
Der Vorstand.

Fachverein Leipzig.

Sonntag den 19. Juni

Grosses Sommerfest

verbunden mit 20. Stiftungsfest

befehend in **Konzert, Herren- und Damentegeln, Kinderspielen und Ball.** Bei einbrechender Dunkelheit **Riesen-Drillausfeuerwerk.**
Programme sind bei den Vertrauensleuten zu entnehmen.
Um regen Vertrieb derselben bittet
D. O.

Des weiteren sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die **Bibliothek Mittwoch und Sonntags** den Kollegen zur Verfügung steht. Der neue Katalognachtrag kann bei den Bibliothekaren entnommen werden.

Unserem lieben Kollegen [0.70

Otto Manitz nebst Frau

zu ihrer Vermählung die **Herzlichsten Glückwünsche!**
337] Die Kollegen der Zahlstelle Pagen i. B.

Unserem Kollegen [0.70

A. Volbrecht nebst Braut

zur Verlobung die [0.70
„Herzlichsten Glückwünsche!“
Die organisierten Kollegen von Kottbus.

Unserem ersten Vorsitzenden, Kollegen Weinländer,

zu seiner Vermählung [—,80

die besten Glückwünsche.

339] Die Kollegen der Zahlstelle Karlsruhe.

Nachruf!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin 340] [1.40
Emma Göldner
nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 26 Jahren gestorben ist.
Ghre ihrem Andenken!
Dresden. Der Bevollmächtigte.

Den Mannheimer Kollegen

für die freundliche Aufnahme während des Arbeiterlängerfestes

unseren besten Dank!

341] **Weinländer, Müller, Siebert, Gläser, Nabe, Walter, Ziegler und Friedrich.** [—,80

Unserer Kollegin 342] [1.00

Emilie Müller

zu ihrem 24. Geburtstag die **Herzlichsten Glückwünsche.**
Mehrere Kolleginnen der Union Stuttgart.
Frankfurter Kleina, des Spähle Kost a. Fäähle.

Herr Emil Winterhalter

wird um genaue Angabe seiner Adresse gebeten.
343, E. Fluck, Buchb., Zell a. S. [0.50
W. Tzele bei W. Engelbert, Haslach i. Kinzigtal.

Arbeiterin,

im Falgen mit der Hand und auf Maschine, auch mit der Drahtstiftmaschine durchaus vertraut, nach Nordbayern gesucht. Lohn 12—13 Mk. 9 St. Arbeitszeit. Feiertage bezahlt. 344] [0.80
Off. u. 678 an die Exped. dieser Zeitung erbeten.

Existenz. [1.00

Einem tüchtigen Buchbinder wäre Gelegenheit geboten sich selbständig zu machen. Näheres durch **Emil Dietsche, Eudersbach i. R. b. Stuttgart.**
Eine seit 38 J. bestehende, gut eingef. [2.40

Buchbinderei

und Schreibmaterialienhandlung

in bedeut. Industriestadt d. Pfalz ist wegen vorgeschritt. Alters des Besitzers preiswert **zu verkaufen** oder zu verpachten.
Off. unter Nr. 5241 an Haasenstein & Vogler, Kaiserstr. 346.]

MARMORFARBEN
HAUS PFLANZENFARBSTOFF
GRÖSSTE NIEDERLAGE BEI
HALBER
P. SZIGRIST
LEIPZIG, THALSTR. 1

Winkel, Lineale, Schienen,

Zirkel, Messer, Scheeren etc. empfiehlt
348] [1.00 **F. Klement, Leipzig.**

Vorstenland-Zigarren,

hochfein in Aroma und Geschmack,
empfehlt zum Preise von 5, 6 und 7 Pf. [0.80
349] **Gustav Eppinger,**
Stuttgart. Schulstraße 18.
Reiches Lager russischer und ägyptischer Zigarren.

Café Kschemin

350] **Berlin, Sebastiansstraße 42** [1.30
(früher Schmalle)
Hauptverkehr der Buchbinder.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt.
Grosse Auswahl politischer Tageszeitungen u. Journale.
Um geeigneten Zuppruch bittet
J. Kschemin.
Verbandsbeiträge werden jederzeit entgegengenommen.